

Schriftenreihe
Heft 1/2015

FORUM
**Demokratischer
Sozialismus**
Brandenburg

Zur Dialektik von Regierungsbeteiligung und Gesellschaftskritik

Moritz Kirchner



Impressum

Forum Demokratischer Sozialismus
Brandenburg

c/o DIE LINKE Brandenburg
Alleestraße 3
14469 Potsdam

Internet: www.forum-ds.de
E-Mail: info@forum-ds.de

V.i.S.d.P.: Moritz Kirchner

Inhalt

1. Einführung – Warum dieser Band? 4
2. Regierungsbeteiligung als Option linker Politik 7
3. Regierungsbeteiligung als Teil des Strategischen Dreiecks 14
4. Die Notwendigkeit von Gesellschaftskritik 16
5. Regierungsbeteiligung und Gesellschaftskritik – Ein Widerspruch? 22
6. Die Dialektik linker Parteien und sozialer Bewegungen 24
7. Nicht jede gesellschaftskritische Bewegung ist zu unterstützen! 27
8. Epilog und Aktion: Den kritischen Impuls bewahren und dennoch regieren 30

1. Einführung – Warum dieser Band?

Die Partei DIE LINKE (bzw. ihre Vorgängerparteien) hat bisher viermal mitregiert, nämlich in Mecklenburg-Vorpommern (2002-2010), in Berlin (2001-2009), derzeit in Brandenburg (seit 2009) und aktuell in Thüringen, wo die Partei sogar den Ministerpräsidenten stellt. In Sachsen-Anhalt besteht die Möglichkeit, ebenfalls ab 2016 den Ministerpräsidenten zu stellen. Ebenso fand hier bereits Mitte der Neunziger Jahre eine Tolerierung statt. Bei der Wahl zum Landtag in Mecklenburg-Vorpommern 2016 stellt sich die Frage, ob DIE LINKE sogar das zweite Mal in die Regierung geht. Selbst in Hessen wurde zumindest eine Tolerierung diskutiert. Demgegenüber wurde und wird die Frage von Regierungsbeteiligungen, vor allem aber des Zusammenspiels von Regierungsbeteiligung als Option linker Politik und Gesellschaftskritik als Ausdruck identitärer linker Politik ungenügend diskutiert und reflektiert.

Regierungsbeteiligungen der LINKEN haben bisher, zumindest in der ersten Legislatur, leider stets zu Wahlverlusten geführt, welche teils auch sehr hoch waren. Die Frage, die sich hier stellt, ist ob es jeweils unterschiedliche Erklärungsmuster gibt, oder ob dahinter nicht doch eine Systematik steckt, welche einer tieferen Reflexion lohnt. Und sofern es systematische Erklärungsgründe gibt, stellt sich dann natürlich die Frage, wie sich aus der Erklärung die politische Intervention ableitet. Die These, welche hier verfochten werden soll ist jene, dass DIE LINKE in ihren bisherigen Regierungsbeteiligungen die, zugestandenermaßen schwierige,

Dialektik von Regierungsbeteiligung und Gesellschaftskritik nicht wirklich gut realisiert hat, und damit explizit ein Vertrauens- und Identitätsverlust einhergehend, welcher dann die politische Handlungsfähigkeit insgesamt verringert hat. Damit wird jedoch ausdrücklich nicht impliziert, dass Regierungsbeteiligungen abzulehnen sind. Im Gegenteil soll durch diese Schrift einen Beitrag dazu leisten, Erfolgsfaktoren für linke Regierungsbeteiligungen, aber auch ihre Gefahren und Kontingenzen stärker als bisher zu identifizieren, und über die Analyse dessen zu einer gelingenderen links-politischen Praxis zu gelangen.

Die Partei DIE LINKE steht in ihrem täglichen Handeln in einem Spannungsfeld. Programmatisch ordnet sie sich ganz klar der gesellschaftlich-normativen Vorstellung des Demokratischen Sozialismus zu (DIE LINKE: 2011; vgl. Meyer: 2008; Meyer: 1982). Damit steht ihre gesellschaftliche Idee im Kontrast zum »real existierenden Kapitalismus« (Hengsbach 2008: 182). Insbesondere in ihrer Rolle als soziale Protestpartei (vgl. Scharenberg: 2008), welche insbesondere auch von den Strömungen der Antikapitalistischen Linken und der Sozialistischen Linken stark vertreten wird, wird der Kontrast zwischen der eigenen Programmatik und der gesellschaftlich-ökonomischen Realität besonders deutlich, und dieser Kontrast impliziert dann auch politische Spannungsfelder. Insbesondere in den ostdeutschen Landesverbänden, aber auch innerhalb des Forums Demokratischer Sozialismus, gibt es eine grundlegende Aufgeschlossenheit gegenüber Regierungsbeteiligun-

gen, aber keine einheitlichen Vorstellungen über deren Bedingungen.

Die Partei DIE LINKE, insbesondere aber auch die Vorgängerpartei PDS, war auch den Großteil ihres Wirkens in der Opposition, und hat sich in dieser oft auch bequem eingerichtet. Es ist nicht unbedingt so, dass die Partei, trotz einer oppositionellen Programmatik, sich notwendig als Oppositionspartei sieht, was insbesondere an den Regierungsambitionen, insbesondere in ostdeutschen Landesverbänden (wenn auch nicht ausschließlich) deutlich wird. Jedoch ist gerade die Partei DIE LINKE wesentlich aus Protest, insbesondere jenem Sozialprotest gegen die Hartz-Reformen entstanden, bzw. es hat durch diese eine Renaissance einer gesamtdeutschen Partei links der SPD stattgefunden (Dörre 2013: 106; Scharenberg 2005: 903). Daraus ergibt sich, dass die Partei programmatisch und habituell eher im Oppositionsmodus ist, und das Regieren eher die Ausnahme. Eine Regierungsbeteiligung im Bund z.B. erscheint derzeit noch in weiter Ferne /vgl. von Lucke: 2015).

Ein zentrales Spannungsfeld ist folglich, dass es der Partei gerade in der Regierung schwerfällt, einerseits die eigene Programmatik umzusetzen, andererseits auch dem eigenen gesellschaftskritischen Impuls zu folgen, aber auch, innerhalb der eigenen Gesellschaftskritik glaubwürdig zu sein. Die mit dem Regieren notwendigen Kompromisse werden gerade linken Parteien besonders angelastet. Wohnungsinitiativen in Berlin sowie Greenpeace in Brandenburg sind hier beredte Beispiele. Auch die Frage, wie solche strukturell bedingten Konflikte zwischen der reinen Lehre und den in

der Regierung notwendigen Kompromissen moderater ausfallen können, will dieser Band versuchen zu beantworten.

Zu kritisieren gibt es vieles innerhalb des real existierenden Kapitalismus (vgl. Altvater: 2011). Es wird heute wieder gefragt, was eigentlich Kritik ist (Jaeggi & Wesche: 2013). Sogar von einer Lust zur Kritik ist wieder die Rede (Kalmring: 2013). Es wird wieder, mit einem bewußten Rekurs auf Marx, gefragt wie man die Welt verändert (Hobsbawn: 2012). Und in der Tat stellt sich der derzeitige Finanzmarktkapitalismus (vgl. Demirovic/Sablowski: 2012; Altvater: 2011), gerade auch ob der neoliberalen Krisenreaktionen (Austeritätspolitik, Bankenrettungspakte, verschärfter Leistungsdruck insbesondere in Südeuropa), als besonders kritikwürdig dar (vgl. Krugman: 2013). Ein Zitat zur marxistischen Krisentheorie aus dem Dritten Band des Kapitals zeugt von der teils ungebrochenen Aktualität marxistischer Kapitalismuskritik:

»Die Verwandlung des sämtlichen Kapitals in Geldkapital, ohne daß Leute da sind, die die Produktionsmittel kaufen und verwerten, in Form von denen das gesamte Kapital, abgesehen von dem in Geld existierenden, relativ kleinen Teil desselben, vorhanden ist, – dies ist natürlich Unsinn. Es steckt der noch größere Unsinn darin, daß auf der Basis der kapitalistischen Produktionsweise das Kapital Zins abwerfen würde, ohne als produktives Kapital zu fungieren; d.h einen Mehrwert zu schaffen, wovon der Zins nur ein Teil; daß die kapitalistische Produktionsweise ihren Gang gehen würde ohne kapitalistische Produktion.« (MEW 25: 391)

Die Kritik an derartigen Zuständen, artikuliert als Gesellschafts- und Kapitalismuskritik, muss anhalten, gerade angesichts der Tatsache, dass die Krisenfolgen wesentlich von denen getragen wurden, die sie nicht verursacht haben. Es waren ja letztlich die Steuerzahler, welche Banken retten mussten, die als »too big to fail« (zu groß, um zu scheitern) galten (Offe: 2013). Das heißt, die Krise wirkte wie, nach ersten Verlusten der Reichen, durch die Rettungspakete wie ein Umverteilungsmechanismus von unten nach oben. Die dann wesentlich von Deutschland als neuem politisch-ökonomischen Hegemon Europas (vgl. Streeck: 2013) diktierte Austeritätspolitik, welche insbesondere für Südeuropa und die südeuropäische Jugend massive ökonomische Schäden bewirkte (Schulmeister: 2013), muss von links, auch in Regierungsverantwortung, kritisiert werden. Als neueste Spielart des Neoliberalismus muss zum Beispiel das Narrativ der schwäbischen Hausfrau, welche nicht über ihre Verhältnisse lebe, in den Fokus geraten, da dieses linear auf komplexe ökonomische Gebilde übertragen wird (vgl. Hebel: 2013). Genau hier muss gerade eine Regierungspartei dem Ressentiment angeblich fauler Griechen und unfähiger Südeuropäer entgegenwirken. Hier muss Gesellschaftskritik insbesondere die Gründe des Ressentiments herausarbeiten, und eher feststellen, dass in Südeuropa einerseits das institutionelle Gefüge sicher einen wichtigen Beitrag für deren Krise hatte (Acemoglu/Robinson: 2012), andererseits aber die wesentlich von der Troika aus EU, EZB und IWF verordnete rigorose Sparpolitik eher wie eine neoliberale Schockstrategie wirkte (Völpel: 2013; Klein: 2007).

An der Politik der Bundeskanzlerin, aber auch an der Politik in europäischem Maßstab wird deutlich, dass es der Gesellschaftskritik bedarf. Und dass eine der zentralen Aufgaben der Gesellschaftskritik jene ist, der Naturalisierung kapitalistischer Verhältnisse, aber auch einer bestimmten Politik der Umverteilung von unten nach oben entgegenzuwirken (MEW 24: 43).

Konkret für Brandenburg, nun aber in noch viel stärkerem Maße für Thüringen stellt sich die Frage, wie eine Synthese gelingen kann, aus einer Regierungsbeteiligung einer linken Partei einerseits und der notwendigen Gesellschaftskritik andererseits. Hierbei ist es wichtig zu beachten, dass die parlamentarische Oppositionsrolle nicht automatisch eine Opposition zu gesellschaftlichen Zuständen oder einen gesellschaftskritischen Impetus bedingt. Dies wird erstens anhand von CDU-Fraktionen deutlich, welche in der Opposition wesentlich an zentralen konservativen Themen (Sicherheit, Standortpolitik, Heimat etc.) rumkritteln, ansonsten aber die größten Apologeten des kapitalistischen Realismus darstellen. Ein zweites ist, und diese These wird sich durch diesen Band durchziehen, die Deckung zum eigenen Wertesystem und zur eigenen Programmatik. Bewegungen wie jene, welche das gegliederte Schulsystem erhalten oder Privatschulen verteidigen wollen (wie in Brandenburg zu Beginn der ersten Legislatur gesehen), oder islamkritische und tendenziell ausländerfeindliche Bewegungen wie PEGIDA (welche unter dem Deckmantel des Ressentiment neue gesellschaftliche Spaltungen hervorrufen wollen) oder auch die neuen Montagsbewegungen sind Beispiele für Gesell-

schaftskritiken, die von links deutlich abzulehnen sind. Denn Gesellschaftskritik ist kein Wert an sich. Es kommt immer auf dessen politischen Impetus und Wertesystem an.

Die zentrale intellektuelle Herausforderung hier ist jedoch das Aufzeigen politikfähiger Verbindung von reformsozialistischer Politik und progressiver Gesellschaftskritik. Denn tatsächlich muss einerseits leider eine »Krise der Kritik« (vgl. Maihofer 2013: 165; Helsinginger 2008: 65) konstatiert werden. Sowohl die Akteure der Sozialkritik befinden sich in einer Krise, als auch die grundlegende Fähigkeit, Kritik zu artikulieren. Das oftmals witzig verstandene »Inhalte überwinden« ist hier ein beredtes Beispiel dafür, dass eine vertiefte, kritische Auseinandersetzung oft nicht mehr gewollt ist. Gerade der Merkelismus weist den

Weg in die Postdemokratie (Crouch: 2008), in welchem nicht mehr über Inhalte, sondern nur noch über Formen und Inszenierung gestritten wird, und dahinter die kapitalistische Interessendurchsetzung verschleiert wird.

Andererseits hat sich immer wieder gezeigt, dass es einen notwendigen Zusammenhang zwischen der (parlamentarischen) Arbeit sozialer Parteien und außerparlamentarischen sozialen Bewegungen geben muss (vgl. Boltanski/Chiapello 2006: 213-214), um linke Politik und gesellschaftliche Transformation erfolgreich gestalten zu können. Sofern es also gelingt, Ideen zur Überwindung der Krisen der Kritik, aber auch der krisenhaften Verbindung der LINKEN zu sozialen Bewegungen aufzuzeigen, hat dieser Band seinen reformatorisch-emanzipatorischen Anspruch erfüllt.

2. Regierungsbeteiligung als Option linker Politik

Regierungsbeteiligungen sind in der LINKEN sehr umstritten (vgl. Scharenberg 2010). Die Debatte um die richtige Strategie einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung ist wohl so alt wie die politische Linke selbst. Paradigmatisch für den reformistischen Weg der Gesellschaftsveränderung, welcher sich maßgeblich in einer Regierungsbeteiligung ausdrückt, steht Eduard Bernstein (vgl. Bernstein: 1899), während für das Prinzip der sozialen Revolution Rosa Luxemburg (vgl. Keller/Kraft: 2005; Luxemburg: 1899) maßgeblich ist. Diese Reform-Revolution-Kontroverse wurde gerade in jüngerer Zeit angereichert um das Prinzip

der Transformation (vgl. Streeck 2012: 23), welches jedoch nach wie vor unterdeterminiert ist. Die Frage, auf welchem Wege die Gesellschaft zu verändern ist, ist jedoch essentiell für linke politische Strategien.

In ihrer berühmten Kritik von Regierungsbeteiligungen, welches für linksradikales politisches Denken teils bis heute maßgeblich ist, formulierte Rosa Luxemburg die aus ihrer Sicht engen Grenzen des Reformweges wie folgt:

»Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht

und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderung in der alten.« (Luxemburg 1899: 36)

Es ist die grundlegende Haltung, dass der parlamentarische Weg keinerlei reale Veränderungen ermöglicht, und durch ein Handeln die jeweils bestehende wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung affirmiert wird (vgl. Lenin: 1916). Eine ähnliche Kritik findet sich bereits bei Marx an den sogenannten Bourgeoisozialisten (Marx/Engels 1972: 488).

Diese Position hat jedoch gravierende theoretische und politische Mängel. Erstens ist es absolut unlogisch, eine politische Partei zu gründen, wenn diese im Besitz politischer Macht nichts bewegen könnte. Denn das Ziel der Politik ist Macht als Mittel zur Veränderung (vgl. Weber: 1992). Wenn aber die Erlangung der Macht nicht zur Macht führt, dann hebt sich letztlich das Politische auf.

Das zweite ist, dass es auch schlicht empirisch unwahr ist. Seien es die Veränderungen zum Beispiel der lateinamerikanischen Linksregierungen (wie auch immer sie politisch zu bewerten sind, in jedem Falle bewirkten sie eine gesellschaftliche Transformation; vgl. Acosta: 2013; Dieterich: 2006), aber seien es leider auch die Veränderungen des Faschismus, in welchen der Parlamentarismus genutzt wurde, um zunächst den Staat zu verändern und dann aus dem Parlamentarismus heraus selbigen

abzuschaffen, was ebenfalls in der Konsequenz zu einer gravierenden gesellschaftlichen Transformation führte. Die historische Erfahrungen sprechen insgesamt dafür, dass auf parlamentarischem Wege Veränderungen möglich sind.

Das dritte ist die implizit behauptete qualitative Gleichheit aller Reformanstrengungen. Es ist ein enormer Unterschied, ob einerseits die Abwassertgebührenverordnung angepasst oder andererseits ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt oder die Homo-Ehe erlaubt wird. Die einzelnen Politikschritte sind in ihren Wirkungen zu betrachten, statt ihnen pauschal eine Nichtwirksamkeit zuzusprechen. Eine mögliche theoretische Klammer hierzu ist das Konzept der revolutionären Realpolitik, das heißt der Bindung konkreter Reformschritte an ein eher abstraktes gesellschaftspolitisches Ziel. Insgesamt wird also diese fundamentale Zurückweisung des Reformismus seitens des Autor klar zurückgewiesen.

Demgegenüber vertritt der Reformismus, und damit die Regierungsbeteiligung einen klar ergebnisorientierten Ansatz, welcher revolutionstheoretische Überlegungen klar zurückweist. Eduard Bernstein formuliert dies wie folgt:

»Es gab eine Zeit, wo die von mir ausgedrückte Auffassung auf keinen Widerspruch in der Partei gestoßen wäre. Wenn das heute anders ist, so sehe ich darin eine begriffliche Reaktion gegen gewisse Erscheinungen des Tages, die mit diesen Tageserscheinungen vergehen und der Rückkehr zu der Erkenntnis Platz machen wird, daß mit der Zunahme demokratischer

Einrichtungen die humanere Auffassungsweise, die sich in unserem sonstigen sozialen Leben langsam aber stetig Bahn brucht, auch vor den bedeutsameren Klassenkämpfen nicht Halt machen kann, sondern für sie ebenfalls mildere Formen der Austragung schaffen wird. Wir setzen heute durch Stimmzettel, Demonstrationen und ähnliche Pressionsmittel Reformen durch, für die es vor hundert Jahren blutiger Reformen bedurft hätte.« (Bernstein 1899: Vorwort)

Die Tatsache, dass durch Regierungspolitik deutlich mehr erreicht wurde als durch orthodoxe oder revolutionäre Ansätze, bedingt für den Autoren eine klare Parteinahme für diese Position. Jedoch erscheint es ebenso evident, dass gerade eine Regierungsbeteiligung eines klaren Ziels bedarf und kein Selbstzweck ist.

Eine wichtige Diskussion war und ist an dieser Stelle jene um rote Haltelinien, das heißt bestimmte politisch-programmatische Grenzen einer Regierungsbeteiligung. Hierbei wird der Versuch unternommen, bestimmte Politiken zu definieren, die derart mit den eigenen Grundsätzen unvereinbar sind, dass sie entweder einen Regierungseintritt ausschließen oder eine bestehende Regierungsbeteiligung beenden. Beispiele dafür sind die nicht vorzunehmenden Kürzungen im öffentlichen Dienst, die Nichtbeteiligung an Auslandseinsätzen bei Regierungsbeteiligungen auf Bundesebene oder das Privatisierungsverbot für öffentliches Eigentum.

Auf den ersten Blick erscheint diese Diskussion, aber auch das Formulieren roter Haltelinien klar und stringent. Es hilft der eigenen Selbst-

verständigung, schärft die eigene politische Identität und definiert den eigenen politischen Standpunkt, wenngleich ex negativo. Dennoch ist diese Position in mehrerer Hinsicht problematisch.

Das erste Problem dabei ist prinzipieller Natur. Denn die Debatte um rote Haltelinien ergibt eine Diskussion um Bedingungen von Nicht-Macht. Das Wesen der Politik, aber auch ihr Ziel ist die Gewinnung von Macht. Bei Max Weber liest sich dies wie folgt:

»Wer Politik treibt, erstrebt Macht - Macht entweder als Mittel im Dienst anderer Ziele - idealer oder egoistischer - oder Macht um ihrer selbst willen: um das Prestigegefühl, das sie gibt, zu genießen« (Weber 1992: 7)

Hierin ist zugleich die Komponente von Macht beschrieben, welche von links dringend zu kritisieren ist, nämlich Macht um ihrer selbst willen. Jedoch ist Politik eben in letzter Konsequenz auf Machtgewinn ausgerichtet, oder, wie es in systemtheoretischer Politikbetrachtung heißt: Der Code der Politik ist Macht (Luhmann: 2002).

Ein weiteres, ganz zentrales Problem ist jenes der gestiegenen gesellschaftlichen Komplexität (vgl. Piketty 2014: 252; Luhmann: 1994). Diese bedingt, dass die Fähigkeit zu Politikfolgenabschätzung geringer wird. Sie bedingt aber auch, dass es deutlich mehr unvorhergesehene externe Determinanten von Politik gibt. Ob die Havarie in Fukushima, die Weltwirtschaftskrise 2008 ff., die vielen internationalen Krisenherde (Arabischer Frühling, Syrien, Ukraine-Krise) oder weiteres: Politik fährt aufgrund der gestiegenen Komplexität, aber auch der gesamt-

gesellschaftlichen Beschleunigung (Rosa: 2005), welche immer mehr politisch relevante Ereignisse bedingt, immer mehr auf Sicht (vgl. Crouch: 2008). Die Planbarkeit von Politik nimmt ab, damit auch die Definierbarkeit roter Haltelinien.

Hätte irgendjemand 2009 vorhergesagt, dass eine konservativ-liberale Bundesregierung Banken verstaatlichen, Managergehälter begrenzen, die Wehrpflicht abschaffen und den endgültigen Atomausstieg besiegeln würde, diese Person wäre nur müde belächelt worden. Und natürlich war all dies nicht Bestandteil der genuinen politischen Programmatik von FDP und CDU (wobei zu hinterfragen ist, ob letztere überhaupt noch eine wirkliche Programmatik hat), sondern vielmehr eine Reaktion auf bestimmte Ereignisse. Diese bedingten, dass auch FDP und CDU rote Haltelinien massiv verletzt haben. Dies war aber auch nur in einem Falle zum Schaden der Partei. Grundlegend lässt sich das Prinzip der verringerten Planbarkeit ob der gestiegenen Komplexität wie folgt beschreiben:

»Zahlreiche Umweltänderungen haben jedoch in den letzten Jahren dazu geführt, dass die konventionellen Modelle und Prinzipien der Organisationsgestaltung im Hinblick auf die zunehmende Umweltkomplexität immer wieder an ihre Grenzen stoßen.« (Weibler 2014: 11).

Der gewichtigste Einwand dagegen ist jener, dass es ja gerade die Aufgabe der Politik ist, die Gesellschaft, und damit auch die Umwelt des politischen Systems zu verändern. Jedoch erscheint es schwer denkbar, dass die Politik die Fähigkeit habe, die gestie-

gene gesellschaftliche Komplexität umzukehren. Diese wird eher durch die neuen Technologien weiter ansteigen (Brynjolfsson/McAfee: 2014). Rote Haltelinien sind also insgesamt schwerlich durchhaltbar, was jedoch primär an externen Faktoren und nicht am Willen zur Konvergenz mit der eigenen Programmatik und dem eigenen Wertesystem liegt.

Ein dritter Einwand ist jener des Kompromisses bzw. der Selbstreferenz. In Zeiten gesellschaftlicher Ausdifferenzierung (Sinus: 2011), welche sich auch in einer Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft, aber auch einem zunehmenden ethischen Pluralismus (Jaeggi 2014: 9) äußert, sind Alleinregierungen zunehmend unwahrscheinlich. Im Gegenteil gibt es eine Zunahme von Drei-Parteien-Bündnissen, und das nicht erst seit Thüringen. Innerhalb dieser sind Kompromisse natürlich auf der Tagesordnung. Die Definition roter Haltelinien verringert notwendig die Kompromissfähigkeit. Sie führt, weil sich politische Umstände verändern, Interessengegensätze und Zielkonflikte auftreten, zu einer regelmäßigen Tangierung dieser roten Haltelinien, so dass diese dann teils notwendig in Frage stehen, was zu gesteigener Instabilität von Koalitionen, und damit langfristig des politischen Systems insgesamt führt.

Zudem: Wenn innerhalb von Koalitionen jede der beteiligten Parteien klare und explizite rote Haltelinien formuliert, wird die politische Manövrierfähigkeit deutlich eingeschränkt, und damit auch die Antwortfähigkeit des Politischen auf veränderte gesellschaftliche, ökonomische oder politische Rahmenbedingungen.

Der Einwand der Selbstreferenz (vgl. Luhmann: 1984) ist ähnlich. Denn letztlich sind rote Haltelinien stets aus der Selbstreferenz einer politischen Partei erwachsend. Und natürlich ist es die Aufgabe einer politischen Partei, ihre eigene, genuine Programmatik im Sinne ihrer Wählerinnen und Wähler umzusetzen. Dennoch bedarf es auch des Blicks auf die anderen Parteien, die Gesellschaft als Ganzes sowie das politisch Machbare, eben der Fremdreferenz, um nicht irgendwann abgeschottet Politik zu machen

Zusammenfassend ist also festzuhalten: Obwohl die Festlegung roter Haltelinien auf den ersten Blick plausibel erscheint, ist sie auf den zweiten Blick ob der in ihr implizierten geringeren Fähigkeit zum Kompromiss und zur politischen Handlungsfähigkeit, aber auch ihrer immanenten Selbstreferenz in nicht unerheblichem Maße apolitisch. Jedenfalls sofern ein komplexitätsbewußter Politikbegriff zugrunde gelegt wird.

Eine Programmatik kann jedoch nicht nur ex negativo durch Haltelinien definiert werden, sondern auch durch eine klare Formulierung der eigenen politischen Zielrichtung. Es wird immer wieder gern behauptet, dass der Marxismus keine Vorstellungen vom Kommunismus, keinen gesellschaftlichen Plan habe (vgl. Meyer: 2008). Ein vertiefter Blick ins Kommunistische Manifest offenbart jedoch bereits hier, in dieser identitären und konstitutiven Schrift der politischen Linken eine explizite Programmatik:

»Für die fortgeschrittensten Länder werden jedoch die folgenden ziemlich allgemein in Anwendung kommen können:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.

2. Starke Progressivsteuer.

3. Abschaffung des Erbrechts.

4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.

5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.

6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staats.

7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung aller Länder nach einem gemeinschaftlichen Plan.

8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.

9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.

10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.« (Marx/Engels 1972: 481–482)

Diese Forderungen sind natürlich in ihrem zeithistorischen Kontext zu lesen und zu verstehen. Dennoch hatten und haben sie Orientierungs- und Wiedererkennungswert in konkreter linkspolitischer Praxis, wenngleich

auch in all ihrer Ambivalenz (vgl. Priestland: 2009). Wenn also gern behauptet wird, der Marxismus habe kein explizites politisches Programm bzw. keine Ableitbarkeit für politische Programmatik (Neuhouse 2013: 26; Meyer 2008: 35), so stimmt dies nur bedingt. Denn offenkundig wurden schon im Kommunistischen Manifest programmatische Schwerpunkte benannt, welche offenkundig ein Mitregieren notwendig machen. Es soll hier nicht um die Bewertung dieser Programmatik gehen (denn diese ist, gerade aus heutiger Sicht, teils wirklich schwierig, teils historisch falsifiziert), und in der Tat erklärt nur ein Teil dessen die spätere kommunistische Gesellschaft (und auch das nicht unproblematisch, wie sich am Arbeitsfetisch im Punkt 8 oder der Enteignung der Migranten und Rebellen in Punkt 4 zeigt). Dennoch ist es mitnichten möglich zu behaupten, das Wesen des Marxismus als zentraler ideeller und ideologischer Quelle der politischen Linken liege ausschließlich in der Kritik bzw. der politischen Opposition.

In der aktuellen Debatte um eine Regierungsbeteiligung der Linken reproduzieren sich viele alte Diskurse (vgl. Foucault: 2012), und nicht selten lassen sich diese einordnen in die Schemata von Gesinnungs- und Verantwortungsethik (vgl. Weber: 1992). Denn die Gegnerschaft von Regierungsbeteiligungen argumentieren tendenziell gesinnungsethisch mit dem Verweis auf die Aufgabe von Teilen der eigenen Identität und Programmatik, während auf der Seite der Befürwortenden mehr mit dem möglichen Erreichen von Verbesserungen, aber auch mit dem Abwenden von Schlechterem durch andere Regierungskonstellationen argumentiert

wird. So auch in Brandenburg (wobei hier hinzuzufügen ist, dass die letztere Argumentation der Verhinderung des Schlechteren das vergleichsweise schwächere Argument ist).

Auf Bundesebene liefert DIE LINKE derzeit einen sehr fragwürdigen Diskurs um die eigene Regierungsbeteiligung, trotz der jüngsten Aufforderung des Fraktionsvorsitzenden, ernsthaft über rot-rot-grün zu diskutieren. Denn es wird argumentiert, dass die anderen Parteien in zentralen Punkten wie der Rücknahme von Politiken der Agenda 2010, keinen weiteren Kürzungen im öffentlichen Dienst, dem Verzicht auf Rüstungsexporte, und am wichtigsten, keiner Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen die anderen Parteien auf DIE LINKE zukommen müssen, dann stünde sie für eine Regierungsbeteiligung zur Verfügung (vgl. DIE LINKE: 2011).

Aus der Binnensicht der Partei heraus ist dies verständlich, und von der Verhandlungslogik her ist es auch sinnvoll, mehr zu fordern, als realistisch erreichbar werden kann. Dennoch weist diese Positionierung mehrere eklatante Schwachstellen auf. Denn erstens reflektieren solche Maximalforderungen nicht die politischen Kräfteverhältnisse, in denen DIE LINKE derzeit mit den Grünen darüber streitet, wer der kleinere Bündnispartner ist. Politik ist jedoch stets auch eine Frage der Proportion. In der Konsequenz ist es ob dieser Forderungen in Relation zur eigenen politischen Stärke sehr einfach, der LINKEN einen wirklichen Regierungswillen abzusprechen

Zweitens, und viel wichtiger: Es ist offenkundig, dass die anderen Parteien

auf diese Maximalforderungen nicht eingehen werden. Genau damit wird dann aber begründet, dass es ja die anderen Parteien seien, welche gar nicht erst über eine Regierungsbeteiligung reden wollen, mit der Konsequenz, dass man diese Frage nicht mehr ernsthaft selbst diskutieren muss.

All diese Überlegungen sind nur so lange theoretisch, wie zwei wichtige Fragen gestellt werden: Erstens, was hat den Wählerinnen und Wählern ihr Votum für DIE LINKE bei den letzten Wahlen, insbesondere Bundestagswahlen, gebracht? Und zweitens: welche Verbesserungen sind real für sozial Schwächere, Prekarisierte, diskriminierte Menschen, aber auch die normale Mittelschicht erreicht worden. Erst wenn darüber ernsthaft nachgedacht wird, dann wird der aus den eigenen Maximalforderungen resultierende Nicht-Diskurs über die eigene, dauerhafte Oppositionsposition unbequem.

In der Tat konnte DIE LINKE den Anstoß dafür geben, den Mindestlohn in Deutschland hegemoniefähig, und jüngst auch politikfähig zu machen. Die in ihm beschlossenen Ausnahmen, welche das Grundprinzip eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohnes jedoch aushöhlten, waren deshalb möglich, weil es eben keine linke Regierungsbeteiligung gab.

Auch hat DIE LINKE gegen die Agenda 2010 opponiert. Es ist auch gelungen, dass gerade diejenigen, die am Arbeitsmarkt besonderen Härten ausgesetzt sind, sich massiv von der SPD abgewandt und als Elektorat der LINKEN zugewandt haben (Dallinger/Fückel 2014: 189). Dennoch ist

dieses Gesetzespaket nur in Teilen revidiert worden, und das auch oft nur aus wahlstrategischen Kalkülen, teils sogar seitens der CDU. Eine konsequente Revision und Neufassung hat es jedoch nicht gegeben, und wird es auch nicht geben ohne eine linke Regierungsbeteiligung. Darin ist jedoch impliziert, dass es für finanziell Schwächere kaum materielle Verbesserungen geben wird, und DIE LINKE damit ihre Funktion als Interessenspartei (welche ihr auch zugeschrieben wird) aus der Opposition heraus nicht wirklich wahrnehmen kann.

Aber auch für diejenigen, deren materielle Interessen nicht unmittelbar berührt sind, stellt sich mittel- bis langfristig die Frage, warum der LINKEN die Stimme gegeben werden soll. Denn aus der Opposition heraus sind für gewöhnlich keine Mehrheiten für die eigenen Positionen möglich, und in der realen Politik, welche implementiert wird, findet sich eher wenig von dem, was DIE LINKE fordert. Zwar konnten gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zum Beispiel im Bereich der Bankenregulierung (vgl. Hickel: 2013), der Globalisierungskritik (vgl. Stiglitz: 2010), aber auch der Liberalisierung normativer Vorstellungen der Lebensführung, welche pluraler wurde und nicht mehr nur auf heteronormative Modelle verweist (Jaeggi: 2014), verändert werden. Das heißt, hegemoniestrategisch war die Oppositionsrolle in einigen Politikfeldern durchaus sinnvoll, was sich aber nicht immer in konkrete Politik übersetzt hat. In vielen anderen fand jedoch keine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse statt, teils sogar ein Rückschritt, wie die derzeitigen Pegida-Protteste zeigen.

Das Grundproblem ist jedoch, dass selbst veränderte Kräfteverhältnisse selten in realer Politikveränderung mündete, genuin linke Politik selten implementiert wurde. Und wenn es implementiert wurde, dann mit vielen Ausnahmeregelungen, so dass man nur bedingt einen grundlegenden Politikwechsel konstatieren könnte. All dies impliziert für den Autor, dass auf lange Sicht das Verharren in der Opposition für das gemeinsame Ziel, nämlich die Veränderung von Politik und Gesellschaft, kontraproduktiv ist. Und DIE LINKE eine ehrliche Debatte

darüber brauchen, inwieweit eine Regierungsbeteiligung unter Berücksichtigung der gegebenen politischen Kräfteverhältnisse und ihrer Implikationen sinnvoll ist.

Jetzt, mitten in der Legislatur auf Bundesebene, in einer Zeit weniger Wahlkämpfe, einer Zeit in der die Partei mit einem Zukunftskongress sich für die weiteren Jahre rüsten möchte, ist ein optimaler Zeitpunkt gegeben, um diese Debatte offen und partizipativ zu gestalten.

3. Regierungsbeteiligung als Teil des Strategischen Dreiecks

Die Partei DIE LINKE entstand 2007 aus dem Zusammenschluss der damaligen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und der Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Damals war auch ein tatsächlicher Aufbruch zu spüren, und durch die starke Hinwendung zu gewerkschaftlichen Themen, aber natürlich auch das politische Führungspersonal war der Einfluss der WASG sehr manifest. Dies ist so heute nicht mehr zu konstatieren, wobei dies klar zu bedauern ist, hat doch die WASG zu einem klaren gewerkschaftlicheren Profil und bei einer Verankerung der Partei im linkssozialdemokratischen Spektrum beigetragen.

Es gibt in der Partei eine gewisse Scheu, offen bestimmte erfolgreiche Konzepte früherer Zeit zu propagieren, weil diese nicht zu dem offiziellen Bild passen, dass 2007 eine ganz neue Partei entstanden sei. Zumindest für

die ostdeutschen Landesverbände ist wohl zu konstatieren, dass die Auswirkungen des Zusammenschlusses marginal waren (wobei wir, das wollen wir erneut betonen, nicht begrüßen, schafft doch eine neue und progressive Partei stets auch neue Impulse).

Daher erscheint auch nicht mehr wirklich bedenklich, auf bedenkenswerte Konzepte, zum Beispiel der alten PDS, zurückzugreifen. Das »Strategische Dreieck« ist hier ein sehr prominentes Beispiel. Es entstammt einem Parteitagsbeschluss der damaligen Linkspartei.PDS vom 31. Oktober 2004, und es liest sich im Wortlaut wie folgt:

»Notwendig ist nicht ein Regierungswechsel »gewohnter« Art, sondern ein politischer Richtungswechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung und ziviler Konfliktlösung steht an. Der erfordert Druck von links - auf den

Straßen, im Parlament, überall in der Öffentlichkeit und aus der Zivilgesellschaft heraus.

Die PDS wird sich deshalb auf eine eigenständige linkssozialistische Politik konzentrieren. So werden wir an allen aktuellen Auseinandersetzungen um Richtung und Inhalt der anstehenden Veränderungen teilnehmen und all unsere Kraft darauf verwenden, ihnen ein soziales Gepräge zu geben.

Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck. (Linkspartei.PDS: 2004)«.

Das strategische Dreieck besteht folglich aus drei sich jeweils bedingenden Komponenten, nämlich der konkreten gesellschaftlichen Gestaltung, der Opposition gegen herrschende Verhältnisse sowie dem Festhalten an einer bestimmten Vision. All dies soll eine linke Partei leisten, und der demokratische Sozialismus sei ihr »Weg, Ziel und Wertesystem«. Darin ist eine dialektische Einheit von Weg und Ziel impliziert. Diese ist eine wichtige Konsequenz linker Geschichte, denn zu oft wurde zum Beispiel im real existierenden Sozialismus dem Ziel zuliebe der (emanzipatorische) Weg geopfert (vgl. Priestland: 2009). Dieses strategische Dreieck, welches letztlich nur ein Teil des Leitanspruches war, sollte sich als besonders wirkmächtig erweisen, und wurde argumentativ immer wieder aufgegriffen.

Aus unserer Sicht völlig zurecht, denn durch die Interdependenz der verschiedenen Komponenten zwingt es

notwendig zu komplexitätsadäquaten Antworten auf die Frage der richtigen konkreten Strategie, und es vermeidet Einseitigkeiten: sowohl prinzipienloses Regieren als auch wirkungslose Fundamentalopposition.

Vor allem aber hat es einen Vorteil gegenüber der bisherigen Strategie: Es stellt nämlich eine explizite Strategie dar. Diese ist auf Bundesebene derzeit leider nur bedingt zu erkennen.

Vor dem Hintergrund einer LINKEN in zwei Landesregierungen, in Thüringen sogar in primärer Regierungsverantwortung und gleichzeitig einer Entfernung von rot-rot-grün auf Bundesebene insbesondere ob außenpolitischer Kontroversen (vgl. von Lucke: 2015), einem seltsam lebendigen Neoliberalismus (Heise: 2013; Crouch: 2011) und einer sich verändert habenden LINKEN ist es aus unserer Sicht höchste Zeit, sich erneut mit dem strategischen Dreieck zu befassen, zehn Jahre nach seinem ersten Erscheinen. Denn es erscheint noch heute als eine vielgestaltige, komplexe Strategie, die den unterschiedlichen Aufgaben und Bedürfnissen einer demokratisch-sozialistischen Partei Rechnung trägt. Und: Es definiert eine Strategie gesellschaftlicher Transformation.

Zum Regieren wurde bereits viel gesagt, daher soll es jetzt um Opposition, und hierbei speziell um Gesellschaftskritik als Aufgabe der politischen Linken gehen.

4. Die Notwendigkeit von Gesellschaftskritik

Die Gesellschaftskritik, das heißt eine Kritik gesellschaftlicher Zustände und der Wunsch ihrer Veränderung, begleitete linkes politisches Denken und Handeln von Anfang an, ja ermöglichte sie. Ein zentrales Credo, welches auch als marxistischer kategorischer Imperativ bezeichnet werden kann, ist das Ziel: »mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist« (MEW 1: 385). Daraus, aber auch als dem Untertitel des Kapitals »Zur Kritik der politischen Ökonomie«, welche eine Verbindung zwischen Kritik und Gesellschaftlichkeit als zentralem Impuls des Marxismus aufweist, zeigt sich, dass der Marxismus und die Gesellschaftskritik in einem symbiotischen Verhältnis stehen, bzw. stehen sollten. Daraus ergibt sich, dass eine zeitaktuelle Elaboration der Voraussetzungen und der Ausgestaltung von Gesellschaftskritik nicht nur sinnhaft für ein Nachdenken über linke Politik ist, sondern auch die Debatte um einen zeitgemäßen Marxismus bereichern kann.

4.1. Die Voraussetzungen von Gesellschaftskritik

Gesellschaftskritik selbst ist natürlich nicht ohne Kontext. Sondern sie basiert auf drei wesentlichen Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit sie eine entsprechende Wirkung entfalten kann. Diese drei Voraussetzungen sollen nachfolgend herausgearbeitet werden.

Erstens muss es tatsächlich so etwas wie Gesellschaft, so etwas wie ein

»gesellschaftliches Band« (Rousseau 2010: 55) geben, welches die Individuen miteinander verbindet, und nicht jeden vereinzeln lässt, ihn im sozialen Atomismus (vgl. Jaeggi/Loick: 2013) verharren lässt. Daher ist wohl nicht der berühmte Ausspruch Margaret Thatchers, dass es keine Alternative gebe (»There is no alternative«, das so genannte TINA-Prinzip; Offe 2013: 79) besonders gefährlich für linkes Denken, sondern vielmehr ihr Ausspruch: »There is no such thing as society«, mit dem sie kollektive Forderungen abwehren wollte. Die Gesellschaftlichkeit ist linkem, insbesondere marxistischem Denken immanent (vgl. Marx: 1973), und sie ist zentrale Voraussetzung für Gesellschaftskritik, die als gegeben angesehen werden kann.

Die zweite Voraussetzung ist die grundlegende Wandelbarkeit von Gesellschaft. Sofern es eine Gesellschaft gibt und Gesellschaftlichkeit besteht, bedarf es zumindest der theoretischen Möglichkeit, diese verändern zu können, um sinnhaft Gesellschaftskritik üben zu können. Eine zentrale Denkfigur bürgerlichen politischen Denkens ist die Naturalisierung gegebener Verhältnisse (kritisch: Maihofer: 2013), welche auch von der Kritischen Theorie vehement kritisiert wird (vgl. Wiggershaus: 2010). Naturalisierung bedeutet, dass die gegebenen kapitalistischen Verhältnisse also quasi natürlich, und nicht als historisch kontingent dargestellt werden. Gerade durch ihre scheinbare Natürlichkeit werden sie dann entsprechend gegen (Kapitalismus-) Kritik immun gemacht.

In der Tat sind die gesellschaftlichen Kräfte, welche die Gesellschaft

grundlegend verändern wollen, in den letzten Jahrzehnten weniger geworden (vgl. Boltanski/Chiapello: 2006), und angesichts immer neuer kapitalistischer Leitbilder und Ideen erscheint der Gedanke an eine grundlegende Veränderbarkeit schwierig (Hengsbach: 2008). Dennoch ist die kapitalistische Gesellschaft wesentlich eine geschichtlich gewachsene Formation (Marx: 1977), welche gerade in gesamtzeitlicher Betrachtung der Menschheitsgeschichte nur einen kleinen Teil möglicher Formen des Zusammenlebens und nicht etwa ihren natürlichen Ausdruck darstellt.

Eine wesentliche Argumentationsfigur, welche die Nichtveränderbarkeit des real existierenden Kapitalismus auf die insgesamt dramatisch gestiegene gesellschaftliche Komplexität zurückführen will (vgl. Inglehart: 1989), ist bereits früh argumentativ aufgegriffen worden (Horkheimer/Adorno: 1969; Habermas: 1973). In der Tat stellt die gestiegene Komplexität eine besondere Herausforderung dar, auch gedanklich, wenn es schon um die Erfassung aller relevanten Prozesse geht (Offe 2013: 76), und ebenso werden die Grenzen der politischen Steuerbarkeit hierdurch sicher enger (Luhmann: 2002). Dennoch gibt es bestimmte Grundprinzipien wie der Konkurrenzzwang (Demirovic/Sablowski: 2012; Marx 1978b 25: 183), der kapitalistische Wachstumsimperativ (kritisch: Welzer: 2013, Welzer: 2011) oder der (zumindest in westlichen Industriegesellschaften) zunehmende Anspruch auf Selbstverwirklichung und Individualität (Picot/Reichwald/Wigand 2003: 4; Maslow: 1954), welche trotz der gestiegenen Komplexität als kapitalistisch dominante Tendenzen erstaunlich stabil sind. Dennoch haben sich

ihre konkreten Erscheinungsformen, aber auch ihre Ausprägungen verändert, was wiederum aufzeigt, dass die Gesellschaft durch bestimmte Ansprüche wandelbar ist. Die gestiegene Komplexität und Unübersichtlichkeit darf einen jedoch nicht dazu führen, die zugegebenermaßen schwierige Arbeit der Kritik, welche manchmal auch als sisyphushaft erscheinen mag, einzustellen. Sondern eine jeweils adäquate Kritik zu finden.

Gerade die Dynamik sozialer Strukturen (Wagner 2008: 322), welche dann auch mit einer entsprechenden Dynamik sozialer Institutionen einhergeht (Streeck 2012: 11), aber auch die Möglichkeit des Wertewandels in Gesellschaften (Singer 2013: 45; Hillmann 2003: 11) zeigen deutlich auf, dass auch die zweite Voraussetzung für Gesellschaftskritik erfüllt ist, nämlich eine grundlegende Wandelbarkeit von Gesellschaft.

Eine dritte zentrale Voraussetzung für eine sinnhafte Gesellschaftskritik ist, neben der grundlegenden Existenz von Gesellschaftlichkeit und der grundlegenden Wandelbarkeit von Gesellschaft, eine reale Wirkung der Gesellschaftskritik auf die Gesellschaft selbst. Denn Kritik zielt auf gesellschaftliche Veränderung, auf Emanzipation (Dörre/Lessenich/Rosa 2009: 12), darauf den bestehenden gesellschaftlichen Status Quo unannehmbar zu machen (Boltanski 2010: 21). Kritik ist daher in jeder Situation möglich (Boltanski/Thévenot 2007: 309), und sie impliziert natürlich auch eine Wertung gesellschaftlicher Zustände (Bittner 2013: 148).

Zwar hat sich leider gezeigt, dass viel der herkömmlichen Kapitalismuskri-

tik ohne größere Wirkung verpuffte (vgl. Potthast: 2001). Andererseits zeigen sich aber an Beispielen wie der Mindestlohndebatte, die Anerkennung der Rechte von Homosexuellen, die diskursiven Wirkung von Thomas Pikettys »Das Kapital im 21. Jahrhundert« (Piketty: 2014), aber auch den zunehmenden Aktivitäten gegen Steuerhinterziehung (vgl. Zucman: 2014) im Rahmen der G20 und vieles mehr, dass sowohl national als auch global Gesellschaftskritik, aber auch Kapitalismuskritik eine bestimmte Wirksamkeit besitzt. Somit ist zusammenfassend wohl trotz einer berechtigten Skepsis (Geuss: 2013) sind die Voraussetzungen für einen produktiven Beitrag von Gesellschaftskritik zu linker Politik als gegeben zu konstatieren.

4.2. Explizite Notwendigkeit von Gesellschaftskritik

Die derzeitige kapitalistische Realität erweist sich als zunehmend untragbar, sowohl für den Menschen als auch die Natur. Der Kapitalismus untergräbt zunehmend diese beiden zentralen Quellen des gesellschaftlichen Reichtums (Marx 1977: 58). Der globale Konkurrenzdruck wird härter (vgl. Malik: 2011), und der Finanzmarktkapitalismus (Bode/Pink: 2011; Marx 1978: 587), indem selbst schamlos auf Lebensmittel und damit in der Konsequenz auf Hunger spekuliert wird (Schumann: 2011), zeitigt immer destruktivere Wirkungen.

Hinsichtlich der Klimapolitik zeigt sich, dass seit dem Scheitern der Konferenz von Kopenhagen keine wirklichen Fortschritte erzielt wurden (Scheer: 2011), und dass außer-

halb von Deutschland sogar eine Renaissance der Kernenergie trotz der Katastrophe von Fukushima zu verzeichnen ist. Natürlich ist und bleibt die Energiepolitik in Brandenburg kontrovers. Anderswo in der Welt gibt es aber nicht einmal die explizite Absicht, auf regenerative Energien umzusteigen, so wie es hier in Brandenburg grundsätzlich der Fall ist (SPD Brandenburg/DIE LINKE Brandenburg: 2014).

Konkret in Brandenburg ist zu konstatieren, dass trotz der Anstrengungen der rot-roten Koalition der Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse immer schwerer aufrechterhaltbar ist, da der demographische Wandel und die zunehmende Urbanisierung, welche sowohl mit ökonomischen Notwendigkeiten (Arbeitsplätze, bessere Bezahlung) als auch gestiegenen Selbstverwirklichungsansprüchen (Hillmann 2003: 17) erklärbar ist. Durch die bessere kulturelle und soziale Infrastruktur in den Städten kommt es zu massiven und teils nicht kompensierbaren Abwanderungsbewegungen insbesondere qualifizierter junger Menschen und Menschen mit Berufserfahrung aus den Randregionen Brandenburgs. Dies aber impliziert dann, dass die Frage zu klären ist, was zu den sozialen und infrastrukturellen Minimalansprüchen gehört. Und die zunehmende regionale Ungleichheit, welche jedoch politisch nur bedingt steuerbar ist, wird gerade vor dem sozialkritischen Impetus der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zunehmend einer Gesellschaftskritik würdig.

Natürlich ist die soziale Frage ein notwendiger Teil von Gesellschaftskritik. Eine »Explosion der Ungleichheit«

(Wehler: 2013) hat es in Brandenburg nicht gegeben. Dennoch leben nach wie vor viele Kinder in Armut. Und trotz des Umsteuerns in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, weg vom Billiglohnland Brandenburg zum Grundprinzip der Guten Arbeit (SPD Brandenburg/DIE LINKE Brandenburg: 2014), ist von einer insgesamt leicht gestiegenen sozialen Ungleichheit auch in Brandenburg auszugehen. Ein (empirisch weiter zu bestätigender) Befund, welcher für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten schwer erträglich ist, und natürlich ein Thema notwendiger Gesellschaftskritik.

Auch bezüglich der Bildung ergeben sich Anknüpfungspunkte für eine notwendige Gesellschaftskritik. Das Prinzip des gegliederten Schulsystems ist nicht überwunden (hier sollte DIE LINKE nicht scheuen, den Koalitionspartner SPD zu kritisieren), nach wie vor gibt es zuviele Schulabbrecher, aber es machen auch nach wie vor viel zu wenige Arbeitnehmer_innen von den ihnen angebotenen Bildungsmöglichkeiten Gebrauch. Auch ist, und dies muss konstatiert werden, der Schulausfall zu hoch, vor allem aber, weil Lehrerinnen und Lehrern immer mehr aufgebürdet wird, durch politische Anforderungen und leider zunehmende soziale Desintegration. Ein Verständnis von Bildung als Beitrag zur Humanisierung der Gesellschaft (vgl. Schorlemmer: 2013), gar als Mittel zur Stärkung der Sittlichkeit oder des Gemeinwesens (Hegel 1986: 121), ist nur sehr ausgewählt möglich, wobei oft diejenigen in den Genuss guter Bildung kommen, deren Herkunft eh tendenziell privilegiert ist. Dieser Trend verschärft sich durch die steigende Anzahl von Privatschulen.

Eine egalitäre Bildungspolitik ist politisch immer schwerer durchsetzbar, und praktisch immer schwerer realisierbar. Dennoch ist sie ein wichtiger Pfeiler gesellschaftlichen Zusammenhalts, daher ist eine ungerechte und nicht-inklusive Bildungspolitik ein notwendiger Gegenstand von Gesellschaftskritik.

In Bezug auf das gegliederte Schulsystem sei hier ein Zitat des amerikanischen Moralphilosophen Michael Walzer angeführt, welches sehr präzise mögliche Maximen demokratisch-sozialistischer Bildungspolitik herausarbeitet:

»Eine begrenzte Form der Segregation ist indes zulässig, auch und selbst unter zukünftigen Bürgern. Es gibt pädagogische Gründe, Kinder, die sich etwa mit der Mathematik oder mit einer Fremdsprache besonders schwer tun, von den andern zu separieren. Aber es gibt weder pädagogische noch soziale Gründe, solche Unterscheidungen pauschal vorzunehmen und ein Zweiklassensystem innerhalb der Schulen zu schaffen, oder radikal verschiedene Arten von Schulen für verschiedene Arten von Schülern zu konzipieren« (Walzer 2006: 320).

Ein weiteres Feld notwendiger Gesellschaftskritik ist die weitere, selbst nach der Krise zunehmende neoliberale Durchdringung des Alltages (vgl. Mahnkopf: 2011; Bröckling: 2007), welche eine Konsequenz von Dekaden des zunehmenden Neoliberalismus (Streeck: 2013b; Streeck: 2012) darstellt. Kapitalismuskompatible Eigenschaften und Verhaltensweisen wie permanente Flexibilität, Leistungsbereitschaft und Risikobereitschaft werden vom Einzelnen gefor-

dert (Weibler: 2010). Diejenigen, die dem nicht entsprechen können, (oder wollen, weil ihnen anderes wie Familie wichtiger ist; vgl. Prantl: 2013) bleiben zunehmend auf der Strecke, wobei sie heute nicht mehr mit einem verlässlichen Sozialstaat alter Prägung rechnen können, sondern mit einem, der sie nur noch weiter aktivieren will (Dörre: 2013; Wagner: 2008). Die sozialen Abstiegsängste erreichen zunehmend auch die Mittelschichten der Industriegesellschaften (Ehrenreich/ Ehrenreich: 2013). Auf der Ebene des Individuums zeigen sich als Folgen dessen gestiegene Raten von Burnout, Depressionen und generalisierten Angststörungen (Günther: 2013; Wittchen/Hoyer: 2011). Neben der individuellen Tragik dieser Erkrankungen besteht ihr politisches Problem darin, dass die sozialen und gesundheitlichen Folgekosten harter Arbeitsbedingungen als Folge des Wettbewerbsdruck der Allgemeinheit aufgebürdet werden, was wiederum eine indirekte Kostenexternalisierungsstrategie der Arbeitgeber darstellt. Dies kann, ja muss ein Gegenstand progressiver Gesellschafts- und Sozialkritik sein.

Auch von den Gewerkschaften ist kaum grundlegende Sozial- und Gesellschaftskritik vernehmbar. Trotz gesteigener Zustimmungsraten sowie einem Stopp des Mitgliederschwundes bei einigen Gewerkschaften verbleiben die Organisationsgrade im Osten sehr niedrig, und die Gewerkschaften haben sich in Co-Management und Korporatismus scheinbar eingerichtet (vgl. Deppe: 2013). Die politische Linke erscheint, gerade auf europäischer Ebene (Bode: 2013), eher mutlos, während Ressentiment und Rechtspopulismus auf dem Vormarsch sind. Beredte Beispiele hierfür sind die

reaktionäre ungarische Regierung unter Orban mitsamt einer starken, offen faschistischen Jobbik-Partei (vgl. Crome: 2014), oder natürlich die Goldene Morgenröte in Griechenland, die leider auch zu den Krisengewinnen gehört (Oswald: 2013).

Auf der nationalen, aber auch auf der föderalen Ebene sollten gerade die Gewerkschaften hier jedoch prinzipiell als politischer Akteur auftreten, welcher explizite Gesellschaftskritik gemäß dem eigenen gesellschaftlichen Leitbild artikuliert. In ihren eigenen Publikationen wird ja auch immer wieder deutlich, dass sie gesellschaftliche Veränderungen wünschen, und dass ihre politischen Kämpfe sich nicht nur um Arbeitnehmerinteressen drehen. Dennoch ist gerade hier zu wenig vernehmbar. Denn das grundlegende gewerkschaftliche Prinzip der Solidarität (vgl. Durkheim: 2008) ist nicht nur innergewerkschaftlich sinnvoll, sondern würde gerade bei stärkerer gesamtgesellschaftlicher Verankerung positiv wirken. Um all dies hinzubekommen, ist jedoch gerade in den neuen Bundesländern ein entsprechender Strukturaufbau nötig. Damit Gewerkschaften trotz ihrer geringen Mitgliederzahl und Organisationsgrade attraktiv und vernehmbar sind, ist ihre politische und institutionelle Stärkung im neuen Koalitionsvertrag Brandenburgs sehr bedeutsam.

Ein letzter wichtiger Ansatzpunkt notwendiger Gesellschaftskritik ist einerseits sehr abstrakt und philosophisch. Er wird andererseits jedoch ob des demographischen Wandels sehr konkret. Es geht um den übertriebenen Individualismus, den sozialen Atomismus, welcher gerade heute das

Denken prägt, und immer wieder propagiert wird (vgl. Reese-Schäfer 2007: 30). Der soziale Atomismus hängt aufs Engste mit dem Individualismus, das heißt dem gedanklichen Vorrang des Individuums vor der Gesellschaft zusammen. Diese Vorstellung untergräbt zum einen das Konzept der Gesellschaftlichkeit, welches die gegenseitige Abhängigkeit, aber auch Verbundenheit aller betont (vgl. Polanyi 1978: Vorwort). Es erschwert jedoch auch jedwede Vorstellung eines demokratischen Sozialismus. Denn Sozialismus besteht ja auch darin, sich nicht nur als abstraktes Individuum zu sehen und nur seine eigenen Interessen zu verfolgen, sondern in gemeinsamer Kooperation mit anderen zu leben und zu arbeiten (Meyer 1982: 7)

Statt der immer weiter verbreiteten Ellenbogengesellschaft bedarf es der Empathie für andere, Gefühle gesellschaftlicher Verpflichtung (vgl. Sandel: 2013) und auch einer kollektiven Identität, um wirkliche Solidarität plausibel und denkbar zu machen (Durkheim: 2008). Unser Menschenbild entspricht eher dem zoon politikon, dem gesellschaftlichen Wesen oder Gemeinschaftswesen, wie Aristoteles den Menschen sieht (vgl. Sandel: 2013; Aristoteles: 1989).

Der im postmodernen Kapitalismus hingegen immer wieder gepredigte Individualismus (vgl. Zizek: 2010) sorgt nachweislich auch dafür, dass wir emotional verarmen, und Empfindungen selbst von Empfindungen wie Liebe zunehmend schwieriger werden (vgl. Illouz: 2012). Insgesamt ist also

diese Tendenz, beständig den Individualismus zu propagieren (welche stark an die Idee des egoistischen homo oeconomicus der Wirtschaftswissenschaften erinnert; vgl. Schirrmacher: 2013). Im Kommunistischen Manifest steht zu dieser Grundtendenz der sehr bedenkenswerte Satz, die Bourgeoisie habe: »[...] kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch 32/übriggelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose »bare Zahlung.« (MEW 13 1972: 464). Progressive Gesellschaftskritik muss dem das Leitbild einer inklusiven und solidarischen Gesellschaft entgegnen stellen.

Auf der praktischen Ebene des Politischen heißt dies, dass die strukturellen Voraussetzungen dafür gegeben sein müssen, dass Menschen sich als gemeinschaftliche Wesen erleben und die Vereinzelung insgesamt, aber auch ideell geringer wird. Dies heißt konkret, dass es Jugendclubs, Gemeindehäuser, Stadtteilzentren, Volkshochschulen, verschiedene Begegnungsräume und öffentliche wie private sinnvolle Angebote gemeinsamer Aktivität geben muss. Und dass wir als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten in politischen Debatten eines immer wieder betonen: Selbstverwirklichung impliziert Fremdverwirklichung. Kein Mensch ist eine Insel, und sollte es auch nicht sein. Dieses Grundprinzip einer relevanten Gesellschaftskritik wird gerade in Zeiten zunehmender Einsamkeit und Isolation besonders wichtig. Das ist Demokratischer Sozialismus im Kleinen, als Voraussetzung für jenen im Großen.

5. Regierungsbeteiligung und Gesellschaftskritik – Ein Widerspruch?

Auf den ersten Blick erscheint es in der Tat als ein immanenter Widerspruch, auf der einen Seite zu regieren, auf der anderen Seite hingegen Gesellschaftskritik üben zu wollen. Gerade die Berliner Regierungsbeteiligung in all ihrer Ambivalenz zeigt deutlich, wie schwer es ist, einerseits gesellschaftstransformativ wirken zu wollen, andererseits enormen Sachzwängen unterlegen zu sein (Hildebrandt: 2007).

Denn Politik beeinflusst Gesellschaft maßgeblich. Wenn jedoch das kritisiert wird, was man hervorgebracht hat, so erscheint dies auf den ersten Blick unlogisch. Ein derartiger gedanklicher Schluss, aber auch ein derartiges Politikverständnis hat jedoch mehrere Schwachstellen, welche nachfolgend aufzuzeigen sind.

Denn erstens hat Politik natürlich nur eine bedingte Steuerungsfähigkeit der Gesamtgesellschaft gegenüber (vgl. Luhmann: 2002). Insbesondere Nationalstaaten stoßen immer häufiger an die Grenzen ihrer eigenen Handlungsfähigkeit (Stuby: 2013 Habermas: 2011). Politik prägt zwar in gewisser Weise die Gesellschaft, sie ist jedoch nicht mit ihr gleichzusetzen. Daher ist es einerseits möglich, die Politik zu prägen, andererseits aber auch die Gesellschaft zu kritisieren.

Zweitens ist, gerade für DIE LINKE in Brandenburg, eine politische Konstellation einer Koalition, in der notwendig nur ein Teil der eigenen Vorstellungen ins politische Handeln eingeht, nicht davon auszugehen, dass alles, was auf

der Ebene politischer Steuerung geschieht, eins zu eins die gesellschaftlichen Vorstellungen einer bestimmten Partei widerspiegelt. Dies ist strenggenommen nur bei Alleinregierungen möglich, welche zwar durchaus noch vorhanden sind (CSU in Bayern, SPD in Hamburg), aber tendenziell ob der Ausdifferenzierung des politischen Spektrums (derzeit gibt es insgesamt 10 Parteien, die in Landtagen als Fraktionen vertreten sind: LINKE, SPD, Grüne, Piraten, FDP, CDU, AfD, Freie Wähler (Bayern), Südschleswiger Wählerbund (Schleswig-Holstein), NPD (Mecklenburg-Vorpommern); insgesamt so viele wie noch nie) eher unwahrscheinlicher werden. Gerade ob der Notwendigkeit des Kompromisses in Koalitionen kann die Artikulation von Gesellschaftskritik seitens einer Partei den eigenen Standpunkt, das eigene Wertesystem klar bestimmen.

Der dritte und wohl wichtigste Punkt ist folgender: Es gibt, wie der Titel dieser Schrift auch sagt, eine offenkundige Dialektik zwischen Regierungsbeteiligung und Gesellschaftskritik. Denn eine Regierungsbeteiligung ohne Ziel, ohne eine bestimmte Normativität, einfach Macht um der Macht Willen kann kein linkes Projekt sein (vgl. Hildebrandt: 2007). Die Ausübung von Machtkritik ist eine linke, legitime Tradition. Macht braucht Akzeptanz, und sie braucht legitime Gründe (Forst 2013: 159). Der Anlass der Veränderung muss ja notwendig eine Kritik sein, etwas, das verändert werden soll. Oder anders gesagt: Gesellschaftliche Transformation setzt Gesellschaftskritik voraus. Und

gerade eine krisenhafte Situation, in welcher Kritik wirksam wird, schafft die Voraussetzungen für gesellschaftliche Transformation (vgl. Blanke/Hawel: 2012).

In genau diesem Sinne lässt sich wohl zusammenfassen: Die bewußte und spezifische Artikulation von Gesellschaftskritik, ihre Formulierung sowohl in der eigenen Programmatik als auch in Koalitionsverträgen ist wohl die Voraussetzung für eine, nach eigenen Kriterien, erfolgreiche Regierungsbeteiligung. Denn diese muss von einem klaren Weg, Ziel und Wertesystem getragen werden.

Dennoch wird es eine irreduzible Spannung von linkem Regierungshandeln und linker Gesellschaftskritik geben. Diese besteht darin, dass eine sozialistische Partei sich in einem real existierenden Kapitalismus bewegt, einem politischen-ökonomischen System und fortdauernden Akkumulationsregime, welches grundsätzlich zu negieren ist (vgl. Amir: 2011). Der krisenhafte Kapitalismus, welcher beständig seine eigenen Grundlagen untergräbt und sozial wie ökologisch nicht nachhaltig ist (vgl. Altwater: 2011).

Vor allem in seiner jüngsten Formation, dem Finanzmarktkapitalismus, das heißt der endgültigen Verselbständigung des Tauschwertes (gegenüber dem Gebrauchswert) in Form ungehemmter Spekulation, werden andere Werte wie Solidarität, Nachhaltigkeit und jedwede Form von Gemeininteresse immer stärker dem Imperativ der Profitmaximierung unterworfen. Vor allem aber werden die kapitalistischen Krisen, vor allem unter dem Vorzeichen neoliberaler Austeritätspolitik

als Krisenantwort stets von denen bezahlt, die wenig haben und die Krisen nicht verursachten.

Oder, wie es im dritten Band des Kapitals von Marx und Engels heißt: »Es ist aber eben die Entwicklung des Kredit- und Banksystems, das einerseits dahin treibt, alles Geldkapital in den Dienst der Produktion zu pressen (oder was auf dasselbe hinauskommt, alles Geldeinkommen in Kapital zu verwandeln) und das andererseits in einer gewissen Phase des Zyklus die Metallreserve auf ein Minimum reduziert, worin sie die ihr zukommenden Funktionen nicht mehr vollziehn kann - es ist dies ausgebildete Kredit- und Banksystem, das diese Überempfindlichkeit des ganzen Organismus erzeugt.« (MEW 25: 587).

Die Blasen werden mehr werden, und damit die verschärfte Umverteilung von unten nach oben (in Form von Bankenrettungspaketen, Steuererhöhungen etc.) ebenso. Das impliziert also, dass demokratisch-sozialistische Politik stets auch das transformativische Ziel im Blick haben muss. Dies gilt sicher nicht für jede Abwassergebührenverordnung oder Parksatzung. Jedoch ist auch bei Erfolgen wie einem Mindestlohn oder einem Vergabegesetz zu reflektieren, dass Lohnarbeit langfristig eine zu überwindende ist, und dass soziale und ökologische Standards für alle Arten des Wirtschaftens gelten sollen, nicht nur für jene, die sich um öffentliche Gelder bewerben. Um diese Zielvorstellungen definieren zu können, bedarf es jedoch der Gesellschaftskritik, als einer Form der Definition des eigenen gesellschaftlichen Leitbildes ex negativo. Jedoch darf eine politische Linke hier nicht stehen bleiben, son-

dem muss noch deutlicher machen als bisher, wie unter den komplexen Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts ein demokratisch-ökologisch-humanistischer Sozialismus aussieht, und

wie er erreicht werden kann. Diese positive Formulierung progressiver Gesellschaftskritik ist in Teilen noch zu leisten. Dabei kann DIE LINKE nur ein Akteur unter vielen sein.

6. Die Dialektik linker Parteien und sozialer Bewegungen

Linke Parteien haben, wie bereits ausgeführt, ein viel normativeres und anspruchsvolleres Verständnis der Bedingungen eigenen Regierungshandelns. Vor allem bedarf es, und dies hat insbesondere die Geschichte bisheriger Regierungsbeteiligungen gezeigt, eines gemeinsamen Handelns linker Parteien und sozialer Bewegungen, um in der Tat gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Linke Parteien ohne den Druck sozialer Bewegungen laufen Gefahr, im reformerischen Alltagshandeln das transformationale Ziel aus den Augen zu verlieren. Soziale Bewegungen ohne parlamentarischen, beständigen Arm laufen Gefahr, einfach wieder zu verebben, wie zum Beispiel Occupy (vgl. Vogel: 2012)

Das Erfurter Parteiprogramm der LINKEN beschreibt die Dialektik des Zusammenwirkens einer sozialistischen Partei und sozialen Bewegungen wie folgt: »Wir haben uns zusammengeschlossen zu einer neuen politischen Kraft, die für Freiheit und Gleichheit steht, konsequent für Frieden kämpft, demokratisch und sozial ist, ökologisch und feministisch, offen und plural, streitbar und tolerant. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern

in Deutschland, in Europa und weltweit, mit Gewerkschaften und

Bewegungen suchen wir nach alternativen Lösungen und gesellschaftlichen Alternativen. Wir wollen eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die wechselseitige Anerkennung der Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung aller wird. (Parteiprogramm DIE LINKE: Präambel, S. 5)«

Auffällig an dieser Formulierung ist der hohe Stellenwert individueller und kollektiver Freiheit sowie deren Bedingtheit, sowie der Selbstanspruch der Offenheit und Pluralität. Dieser ist sicher auch notwendig, um die in der politischen Praxis sicher nicht immer einfache Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen adäquat realisieren zu können. Vor allem werden so glücklicherweise Wertebasen der Zusammenarbeit prinzipiell definiert

Natürlich gilt für linke Parteien wie für soziale Bewegungen, dass ihre Wirkmächtigkeit abhängig ist von gesellschaftlichen Hegemonien, von den jeweils vorherrschenden Ideologien (wenngleich sie diese natürlich beeinflussen wollen). Und die letzten drei Dekaden des Neoliberalismus (vgl. Stiglitz: 2010) haben beiden entsprechend zugesetzt. So äußert sich diese Krisenhaftigkeit auch sozialer

Bewegungen bei den Gewerkschaften konkret in schwindenden Mitgliederzahlen, schwindender Legitimität (wenngleich diese durch die Krise wieder stieg; vgl. Tullius/Wolf: 2012) und geringer werdende Finanzmittel (Holst/Aust/Pernicka: 2008). Am Beispiel Frankreichs zeigen stellen sich die Veränderungen der Gewerkschaften wie folgt dar:

»Tatsächlich ist der Kontrast zwischen den Jahren 1968-1975 und den Jahren 1985-1995 frappierend. Im ersten Zeitraum: eine offensive soziale Bewegung, die weit über die Grenzen der Arbeiterklasse hinausreicht; eine ausgesprochen aktive Gewerkschaftsbewegung; ein allgegenwärtiger Verweis auf soziale Klassen, auch in politischen Verlautbarungen [...]; eine Aufteilung des Wertzuwachses, der zunehmend den Angestellten zugute kommt, die außerdem noch von einer verbesserten Sozialgesetzgebung profitieren; parallel dazu ein Rückgang der Produktqualität und eine Verringerung der Produktivitätsgewinne, die zumindest zum Teil darauf zurückzuführen sind, dass es den Arbeitgebern, Firmenleitungen und dem Management nicht gelingt, die Arbeitskräfte in Griff zu bekommen.

In der zweiten Periode: Die soziale Bewegung tritt praktisch nur noch als humanitäre Hilfe in Erscheinung; einer unschlüssigen Gewerkschaftsbewegung ist die Handlungsinitiative abhanden gekommen; die sozialen Klassen sind (auch aus dem soziologischen Diskurs) nahezu vollständig verschwunden, was zuvörderst der Arbeiterklasse gilt, deren Repräsentanz so stark zurückgegangen ist, dass renommierte Sozialforscher mit voller Überzeugung behaupten, sie sei

an ihr Ende gekommen; die Arbeitsbedingungen im Angestelltenverhältnis werden zunehmend prekär; die Einkommensungleichheiten verschärfen sich und die Aufteilung des Wertzuwachses erfolgt wieder zugunsten der Arbeitgeber; die Arbeitsdisziplin wird wieder verschärft und führt zu einer deutlichen Verringerung von Arbeitskonflikten [...]« (Boltanski/Chiapello 2006: 213-214).

Die Linksregierung unter Francois Mitterrand ist ein sehr lehrreiches (Negativ-)Beispiel dafür, was passiert, wenn es das Zusammenspiel linker Parteien und sozialer Bewegungen nicht gut funktioniert. Getragen von einer breiten Mehrheit und angetreten mit einem gesellschaftstransformativem Programm, wurde dieses sehr schnell zugunsten einer Politikverwaltung aufgegeben und eine faktisch zentristische Politik gemacht. Dies war einer der Faktoren, der dann zum weiteren Niedergang der einst so starken und stolzen Parti Communiste Francaise (PCF) führte (vgl. Boltanski/Chiapello: 2006). Dasselbe Muster scheint sich nun unter Francois Hollande zu wiederholen, wenngleich hier andere Faktoren wie eine genuine Entscheidungsunfreudigkeit, aber auch der gestiegene Druck der Finanzmärkte weitere kontingente Erklärungsfaktoren sind.

Sicher ist aber auch für die bisherigen Regierungsbeteiligungen der LINKEN bzw. der PDS beidseitig zu konstatieren, dass diese im Sinne gemeinsamen politischen Handelns zwischen sozialistischen Parteien und sozialen Bewegungen (welche aber nicht auf Vereinnahmung hinauslaufen kann und darf) nicht optimal gelaufen sind. Weder war die Partei immer in dem

Maße offen, wie es nötig gewesen wäre, noch ist der Kontakt der sozialen Bewegungen in dem Maße zur Partei gegeben gewesen. Im Falle von Berlin kamen in der Tat entzweiende Beschlüsse hinzu wie jener des Verkaufs der Wohnungsbaugesellschaft GSW, welche zu einem entsprechenden Glaubwürdigkeitsverlust geführt haben (Hildebrandt: 2007).

Im Falle Brandenburgs ist zu konstatieren, dass die wesentliche Bewegungen zunächst konträr zur LINKEN bzw. zum rot-roten Projekt liefen. Hier sind insbesondere die Anfangsdemonstrationen gegen rot-rot insbesondere ob der Stasi-Thematik zu nennen, aber auch die Proteste für Freie Schulen, welche eher den Anspruch des Erhalts bzw. Ausbaus eines bestimmten Bildungsprivilegs dienten denn progressiver Veränderung.

Die Zusammenarbeit im Rahmen des Bündnisses »Keine neuen Tagebaue« war innerhalb des Prozesses als positiv einzuschätzen, auch wenn nicht das gewünschte Ergebnis stand. Jedoch war danach ein besonderer Prozess zu beobachten: Die Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses hat starke politische Erwartungen geweckt, welche in konkretem Regierungshandeln angesichts des sozialdemokratischen Bündnispartners nicht zu erfüllen waren. Dadurch aber, dass DIE LINKE diese Erwartungen geweckt hat, wurden reale, aber auch vermeintliche Abweichungen von einem schnellstmöglichen Umstieg auf Erneuerbare Energien nahezu ausschließlich der LINKEN angelastet, obgleich die Kontinuität in der Energiepolitik wesentlich dem fossilistischen Strukturkonservatismus der Brandenburgischen Sozialdemokratie

geschuldet ist. Hier sollten sich natürlich auch soziale Bewegungen fragen, ob es strategisch klug ist, den prinzipiellen Verbündeten derart anzugreifen, vor allem wenn aus ökologischer Sicht keine andere Regierungskonstellation realistisch ist. Die Schlussfolgerung aber ist: Die politischen Erwartungen und Grenzen müssen beidseitig klar kommuniziert sein.

Ein anderes, wirklich positives Beispiel ist die Zusammenarbeit mit den GegnerInnen des Nachtflugverbotes in Brandenburg. Diese Bewegung hat einerseits autonom agiert, wurde andererseits sowohl politisch unterstützt als auch von der Basis mitgetragen, und hat es tatsächlich geschafft, das Anliegen in dem Maße zu popularisieren, dass es letztlich bezüglich der notwendigen Quoren Erfolg hatte. Dies dann tatsächlich aufzugreifen und zur Position der Landesregierung zu machen, ist ein sehr positives Beispiel synergistischen Wirkens. Natürlich muss analytisch hinzugefügt werden, dass die Verteidigung von Eigeninteressen nicht notwendig progressiv ist. Jedoch steht hier ein wichtigeres, genuin sozialistisches Prinzip dahinter: Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen, nicht umgekehrt.

Trotz einer Dialektik im Sinne gegenseitiger Bedingtheit ist also das Zusammenspiel linker Parteien und sozialer Bewegungen alles andere als einfach. Dennoch steht für uns klar fest, dass es dieses Zusammenspiel braucht, um im Sinne progressiver Politik erfolgreich zu sein. Eine gemeinsame, geteilte Gesellschaftskritik kann die inhaltlich-programmatische Klammer dessen sein.

7. Nicht jede gesellschaftskritische Bewegung ist zu unterstützen!

Bisher ist in der Betrachtung von einer weitgehenden politisch-programmatischen Konvergenz linker Parteien und sozialen Bewegungen bzw. der Gesellschaftskritik ausgegangen worden. Und in der Tat war es, zumindest in der Nachkriegsgeschichte so, dass relevante Bewegungen und Gesellschaftskritiken, wie die Anti-AKW-Bewegung, die feministische Bewegung, der 68er im Allgemeinen (mit Einschränkungen), aber auch Gewerkschaften mit all ihren Arbeitskämpfen und Sozialkritiken, die globalisierungskritische oder jüngst auch die Bewegungen gegen Massentierhaltung, die »Freiheit statt Angst« Demos und weitere sicher als progressiv einzustufen sind. Wahrscheinlich deshalb wurde und wird in nicht wenigen Beschlüssen und Verlautbarungen gefordert, die LINKE müsse sich stärker für soziale Bewegungen öffnen. Dies hat sie ja auch getan, zum Beispiel mit der Kontaktstelle der Bundestagsfraktion. Jedoch liegt dem eine, gerade in jüngster Zeit, hochproblematische Annahme zugrunde: Dass wenn es eine Bewegung gibt, dass diese dann von links zu unterstützen sind, da wir insgesamt bewegungsorientiert sind und die Gesellschaft bewegen wollen.

Betrachten wir das Jahr 2014. In einigen Städten finden nach wie vor Demonstrationen gegen die Hartz-Reformen statt. Das wesentlichere Phänomen waren jedoch die neuen Montagsdemonstrationen, getragen von fragwürdigen Protagonisten wie Ken Jebsen, Jürgen Elsässer und Lars Märholz. Hier mischt sich Sozialkritik mit regressiver Kapitalismuskritik,

Verschwörungstheorien und einfachen Deutungen komplexer Fragen (vgl. Forum Demokratischer Sozialismus Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern: 2014). Ganz sicher findet hier auch eine Form von Gesellschaftskritik statt. Jedoch kann sich darauf, wenn überhaupt, nur selektiv bezogen werden. Demonstrationen wie »Wir haben es satt«, aber auch jene für ein Umsteuern in der Klimapolitik können hingegen ohne weiteres von links affirmiert werden.

Jedoch, und das ist wohl das traurigste aus sozial- und gesellschaftskritischer Sicht: Die wohl erfolgreichste soziale Bewegung, welche in einem sehr reaktionären Sinne Gesellschaftskritik übt, war (und ist) die Pegida-Bewegung, welcher mittlerweile in diversen Städten Nachahmer fand. Bedingt durch die diversen internationalen Krisenherde kam es zu einem sprunghaften Anstieg der Flüchtlingszahlen in Deutschland. Begleitet vom Aufstieg der AfD, welche sich immer stärker von einer Anti-Euro-Partei zu einer offen nationalchauvinistischen Partei wandelt und damit auch das gesellschaftliche Klima nachhaltig negativ verändert, fanden und finden sich in Dresden wöchentlich Tausende (manchmal mehr als zehntausend) zusammen, um gegen die »Islamisierung des Abendlandes« zu demonstrieren. Die »Patriotischen Europäer«, welche sich dort versammeln, schwenken vorwiegend Deutschland- Fahnen und artikulieren Ressentiments, Ängste und Unbehagen, welche offenkundig insbesondere in Sachsen stark ausgeprägt sind. Das einzig erfreuliche

daran ist, dass die Pegida-Bewegung zunehmend auch Gegendemonstrationen hervorgerufen hat. Dennoch bleibt traurigerweise festzuhalten: Im Jahre 2014 war eine nationalkonservative und nationalchauvinistische Bewegung und Gesellschaftskritik am erfolgreichsten. Progressive Kräfte haben kein Monopol mehr auf die Gesellschaftskritik (wenn sie es denn je hatten), und linke Parteien müssen ganz offenkundig noch mehr tun, um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern. Die Abstiegsängste der Mittelschicht und unteren Mittelschicht, aber auch die Ressentiments der bereits Abgehängten werden offenkundig nicht mit dem kapitalistischen System in Verbindung gebracht, sondern mit dem konkreten Anderen, den Ausländerinnen und Ausländern, den Flüchtlingen, den Islamisten. Aufgabe der politischen Linken muss es hier sein, dafür zu sorgen, dass nicht die Schuld bei denen gesucht wird, denen es noch schlechter geht. Sondern dass gemeinsame Lösungen gefunden werden. Hier muss folglich sogar Gesellschaftskritik an nicht wenigen konkreten Akteuren geübt werden, und die Distanzierung deutlich erfolgen.

7.1. Gesellschaftskritik von rechts

Innerhalb des Politischen geht es immer um die Veränderung der Gesellschaft bzw. der Durchsetzung einer bestimmten gesellschaftlichen Idee. Spätestens seit der Französischen Revolution teilt sich das Politische in verschiedene Lager, wie damals das Liberale, das Linke und das Konservative Lager. Gerade das Konservative Lager, welches in seinem ideellen

Kern wesentlich auf die Bewahrung bestimmter Traditionen und Werte setzt, muss notwendig angesichts der gesellschaftlichen Modernisierung natürlich auch eine Gesellschaftskritik üben.

Die programmatische Verschiebung insbesondere der CDU hat lange Zeit verdeckt, dass es innerhalb der politischen Rechten Ressentiments gegen eine gesellschaftliche Öffnung sind, welche offenkundig tief sitzen. Durch die Alternative für Deutschland (AfD), aber auch die Pegida-Demonstrationen bricht sich diese Gesellschaftskritik nun Bahn.

Die Moderne, welche mit Grundprinzipien wie individueller Freiheit, Autonomie und individueller Verantwortung beschrieben werden kann (Geissler 2008: 269), ist natürlich nicht nur positiv zu werten. Die gesellschaftlichen Individualisierungstendenzen zeitigen widersprüchliche Folgen, und die »Beschleunigungsgesellschaft« (Rosa 2005: 120) wird nicht nur von denen abgelehnt, die zu ihren Verlierern gehören.

Es wächst, gerade seitens der politischen Rechten, eine Sehnsucht nach festem, nach Gewachsenem, nach verwurzelten gesellschaftlichen Strukturen, welche dann auf die Nation, oder auf frühere Zeiten projiziert wird. Daraus speist sich eine Ablehnung zentraler Merkmale gesellschaftlicher Modernisierung (und zugleich Veränderungen, welche durch linke Gesellschaftskritik und soziale Bewegungen zumindest mit in Gang gesetzt wurden): Multikulturalismus, Gender Mainstreaming, weltanschauliche und ethische Pluralität, Liberalisierung von Lebens- und Liebesformen sowie

bestimmter kultureller Formen und Praktiken (vgl. Jaeggi: 2014). Demgegenüber werden Nation, ethnische Homogenität, Abschottung, Arbeitsfetische und eine Orientierung an der deutschen Leitkultur (was auch immer diese sein bzw. konstituieren soll) beschworen. Dieses politische Programm kann problemlos als regressiv bezeichnet werden, stellt es doch eine Form der Anti-Moderne bzw. eine Ablehnung der gesellschaftlichen Öffnung und Entwicklung dar. Das Problem ist hierbei jedoch, dass es auch eine mögliche Manifestation von Gesellschaftskritik darstellt.

Diese Form der Gesellschaftskritik geht vom Leitbild einer harmonischen, teils archaischen, traditionsbewußten und patriotischen Gesellschaft aus, in der organische Solidarität anhand der Ethnizität definiert wird. Daraus ergeben sich jedoch, gerade für linkes politisches Denken und Handeln, drei wesentliche Probleme:

Erstens erzeugt diese gesellschaftliche Vision und die aus ihr gespeiste Gesellschaftskritik notwendig Außenseiter, denn es gibt Menschen, die zu diesem Bild nicht dazugehören werden (z.B. Flüchtlinge). Daher ist die rechte Gesellschaftskritik notwendig nicht inklusiv.

Zweitens unterminiert dieses Bild der Gesellschaftskritik die für progressives Denken notwendige Selbstbestimmung. Denn innerhalb rechter gesellschaftlicher Ideale hat letztlich jede/r seinen vorhergesehenen Platz, sei es innerhalb tradierter Geschlechterklischees, sei es ob der Vorstellung einer Welt der Vaterländer, welche Migration prinzipiell negiert. Selbstbestimmung ist jedoch ein zentrales

Versprechen nicht nur der Moderne, sondern auch der sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegung: »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die freie Entwicklung aller ist.« (Marx/Engels 1972: 482).

Drittens bleibt insbesondere die Gesellschaftskritik von Rechts einem tiefen bürgerlichen Denken verhaftet, aber auch einem Denken, welches zum Beispiel grundlegend nicht an kapitalistischen Prinzipien rüttelt, und auch nicht die Destruktionen der Bürgerlichkeit durch den entfesselten Kapitalismus bedenkt. Schon Marx und Engels wussten, dass durch den globalisierten Kapitalismus »alles Stehende und Ständische verdampft« (MEW 4: 465). Der sog. Thatcherismus bzw. die Konservative Revolution der 1980er (Piketty 2014: 42; Matuschek/Krähnke/Kleemann/Frank 2011: 9) illustrieren dies perfekt. Gesellschaftspolitisch konservativ, aber dennoch den Neoliberalismus affirmierend, war diese rechte Form der Gesellschaftskritik leider tatsächlich gesellschaftlich verändernd. Eine heutige Form dessen ist die Tea Party, welche zum Glück bisher kein vergleichsweises Veränderungspotenzial aufweist.

Was also hiermit noch einmal festzuhalten ist: Wenngleich die wesentlichen gesellschaftskritischen Impulse der Nachkriegszeit als progressiv einzuschätzen waren, insbesondere die neuen sozialen Bewegungen, so gab und gibt es auch eine rechte Form von Gesellschaftskritik, welche von links dringend zu bekämpfen ist. Wenn also von einer Dialektik von Regierungshandeln und Gesellschaftskritik die

Rede ist, so ist darunter eine entsprechend progressive Gesellschaftskritik zu verstehen. Ein Gradmesser dafür kann eine Übereinstimmung der Ge-

sellschaftskritik mit den konstitutiven Werten der politischen Linken sowie der programmatischen Grundsätzen der Partei DIE LINKE sein.

8. Epilog und Aktion: Den kritischen Impuls bewahren und dennoch regieren

Der vorliegende Band will Bedingungen und Strategien linker Politik erörtern. Dabei wurde herausgearbeitet, dass es eine komplexe Dialektik von Regierungshandeln und Gesellschaftskritik gibt, innerhalb dessen sich beide nicht ausschließen, sondern eher einander bedingen, sich im Konkreten jedoch oft widersprüchlich zueinander verhalten.

Die zentrale Frage ist, welche Schlussfolgerungen aus diesem zu ziehen sind, und was sich daraus für politische Handlungsempfehlungen ableiten lassen. Cornelia Hildebrandt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat in ihrer Untersuchung eine sehr interessante Schlussfolgerung gezogen:

»Gerade auch vor dem Hintergrund der Eigendynamik und der Verselbstständigung von parlamentarischer Politik muss Politikentwicklung und -gestaltung als partei- und gesellschaftspolitischer Aushandlungsprozess verstanden und gestaltet werden. Dazu gehört es, die unterschiedlichen Handlungslogiken und Politikansätze, die oft im legitimen Widerspruch zueinander stehen, transparent und nachvollziehbar darzustellen und miteinander zu diskutieren. Dazu gehören ausdrücklich die Schaffung von Räumen zur Reflektion und Selbstreflektion der eigenen

parlamentarischen Arbeit, die Konstitution »kritischer Korrektive« und die Entwicklung einer Kultur des offenen und sachlichen Streits.« (Hildebrandt 2007: 24)

Vor allem allem die Darstellung und Begründung des eigenen Handelns, aber auch die Reflexion und Selbstreflexion der eigenen Arbeit sind sicher wichtige Punkte. Wie die Besetzung der Parteizentrale durch Greenpeace gezeigt hat, bedarf es dieser Dinge jedoch auch seitens der Akteure der Gesellschaftskritik.

Eine komplexe Fragestellung erfordert komplexe Antworten, daher sollen auch hier mehrere Dinge vorgeschlagen werden, welche zu einem verbesserten Zusammenspiel von Regierungsbeteiligung als Option und Gesellschaftskritik führen soll. Diese werden zunächst angeführt und dann entsprechend begründet:

1. Es ist eine klarere Definition dessen vorzunehmen, was genau die gesellschaftspolitische Zielvorstellung der LINKEN ist, und wie diese genau erreicht und ausgestaltet sein soll

Die Beschreibung des demokratischen Sozialismus im Erfurter Parteiprogramm bleibt noch zu abstrakt, leider ebenso seine theoretischen

Grundlagen (Meyer: 2008; Meyer: 1982). Gerade die Art und Weise, wie sich das Leben der und des Einzelnen unter den Bedingungen verwirklichter linker Politik gestalten soll, ist stärker herauszuarbeiten. Gerade diese Kontrastierung hilft einerseits bei der Formulierung von Kritik am real existierenden Kapitalismus (vgl. Jaeggi/Wesche: 2013), andererseits aber auch bei einer klaren Zielbindung des Regierungshandelns, dessen Abweichung durch eine entsprechende Gesellschaftskritik vorgenommen werden kann.

2. Regierungsbeteiligung sollte sich an klaren Zielvorgaben denn an rote Haltelinien orientieren. Die Zielvorgaben selbst müssen Ergebnis eines offenen, partizipativen politischen Aushandlungsprozesses sein,

Rote Haltelinien sind, wie oben ausgeführt, in der politischen Regierungspraxis schwer einhaltbar, und sie führen zu enormen Instabilitäten. Zudem sind sie nicht kompatibel mit der gestiegenen Komplexität und Unvorhersehbarkeit politischen Handelns heute. Stattdessen sollte es klare, auch quantitative Zielvorgaben geben. Zum Beispiel kann definiert werden, dass die Kinderarmut halbiert werden soll, dass der Gini-Koeffizient (statistisches Maß sozialer Ungleichheit in Gesellschaften) zu verringern ist, dass die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss verringert werden soll, oder dass mehr Normalarbeitsplätze entstehen. Welche konkreten Ziele gesetzt werden, ist eine zutiefst politische Entscheidung, und muss daher gemeinsam mit der Parteibasis sowie sozialen Bewegungen ausgehandelt werden. Die Zielvorgaben sind aber auch ein

Mittel der Erfolgskontrolle von Regierungshandeln, welches flexibel und handhabbar ist.

3. Entscheidungen über den Eintritt in Regierungen sind stets gemeinsam mit der Parteibasis, aber auch sozialen und gesellschaftskritischen Bewegungen zu treffen

Da Regieren für linke kein Selbstzweck ist, und es für den Eintritt in eine Regierung nicht nur die Legitimation der Wählerinnen und Wähler braucht, sondern auch innerparteilichen und gesellschaftlichen Rückhalt, sind hierfür Vorkehrungen zu treffen. Der Brandenburger Landesverband der LINKEN ging hier beim Eintritt in die zweite Regierungsverantwortung mit gutem Beispiel voran (Thüringen ebenso). Es wurde breit über die Inhalte des Koalitionsvertrages in innerparteilichen Foren diskutiert. Es gab eine Mitgliederbefragung mit einer hohen Teilnahme und Zustimmung (welche offenkundig auch einen starken Wunsch nach derartigen Formen innerparteilicher Demokratie ausdrückt). Und es gab, zumindest teilweise (im Rahmen einer Aktivenkonferenz) eine kritische Bestandsaufnahme der ersten Regierungsbeteiligung. Ein breiter Dialog mit Gewerkschaften, Umweltverbänden, Flüchtlingsinitiativen und anderen Interessierten aus der Zivilgesellschaft wäre ebenfalls wünschenswert, und könnte ein Modell für zukünftige Koalitionsverhandlungen in Magdeburg und Schwerin darstellen.

4. Die Verständigung über die eigenen theoretischen Grundlagen ist zu stärken, um Gesellschaftskritik innerparteilich verständlicher zu machen

Nicht immer ist auch seitens der Akteurinnen und Akteure der politischen Linken klar, was die ideellen Grundlagen der Gesellschaftskritik sind. Sowohl jener, die sie selbst äußern, als auch jener, die von anderen an sie herangetragen werden. Dies erschwert oft einen gemeinsamen Diskurs, und damit gemeinsames politisches Handeln. Gerade des Wesen und Wirken sozialer Bewegungen, aber auch zentrale gesellschaftspolitische Veränderungen sind in der politischen Bildung zu reflektieren.

5. Es sind klare Werte und Prinzipien herauszuarbeiten, die definieren, mit welchen sozialen Bewegungen und Akteuren der Gesellschaftskritik zusammengearbeitet wird.

Wie dargestellt, ist nicht jede soziale Bewegung automatisch unterstützenswert. Pegida und ähnliche sind klar zu negieren, sozialkritische Bewegungen wie jene gegen Hartz IV klar zu befürworten. Allerdings gibt es auch Fälle, die deutlich umstrittener und schwieriger zu beantworten sind, wie die neuen Montagsdemonstrationen. Aber auch Fälle, bei denen bestimmte, nachvollziehbare Partikularinteressen dennoch dem Einzelinteresse entgegenstehen (Initiativen gegen Windräder, Trassenleitungen o.ä.). Hier muss ein klarer Klärungsprozess geschehen, was Kriterien der Zusammenarbeit sind, damit ein gemeinsames Wirken lediglich mit linkskompatibler Gesellschaftskritik erfolgt.

6. Das »strategische Dreieck (Verantwortung von Regierungsübernahmen, gesellschaftliche Opposition, Über den Kapitalismus hinaus weisende Alternativen) ist erneut zu diskutieren

und für die Bedingungen von 2015 zu aktualisieren

Gerade in einem Jahr, in dem die Selbstverständigung über den eigenen Weg, die eigenen Werte und Ziele möglich ist, sollte eine derart intelligente Makrostrategie erneut ernsthaft diskutiert werden. In allen drei Komponenten des strategischen Dreiecks steckt entsprechender Klärungsbedarf: Was sind Ziele des Regierens? Mit wem wollen (und können) wir wie opponieren? Was ist unsere Vision der Überwindung des Kapitalismus? Die besondere intellektuelle Herausforderung, aber auch der mögliche politische Mehrwert besteht in der Reflektion der Dialektik von Weg und Ziel unserer politischen Handlungen

7. Die Bürgerinnen und Bürger sind stärker als bisher zu befragen, was ihre Vorstellungen einer Gesellschaft, aber auch des Wirkens einer linken Partei sind

Politik wird für die Menschen gemacht. Die Verbesserung ihrer konkreten Lebensbedingungen und die Schaffung einer solidarischeren, nachhaltigeren und gerechten Gesellschaft sind zentrale Ziele linker Politik. Jedoch darf Politik nicht über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht werden. Die Fähigkeit, Gesellschaftskritik aufzunehmen, setzt voraus, diese zu befragen. Vor allem ist es aber auch besonders wichtig zu wissen, was die Wählerinnen und Wähler, insbesondere auch linksaffine, von einer linken Partei erwarten. Gerade dieses Wissen hilft, konkrete Regierungsverantwortung und geübte Gesellschaftskritik besser zu verzahnen. Die Bürger_innenbefragung des Potsdamer Kreisverbandes von 2011,

welche mehr als 1.100 Rückantworten bekam, kann hier als Exempel dienen. Natürlich sind aber auch offene Bürgerbüros und eine breite gesellschaftliche Verankerung mindestens ebenso wichtige Rückkopplungsmechanismen. Diese im bisherigen Maße beizubehalten wird angesichts der demographischen Entwicklung der Mitgliedschaft schwierig, sollte aber politisches Ziel bleiben.

Linke Politik ist anspruchsvoll, und sie ist manchmal auch widersprüchlich. Diese Widersprüche gilt es auszuhalten, aber auch herauszuarbeiten. Vor allem aber gilt es, sie zu erklären. Sofern die Voraussetzungen geschaffen sind, um in Regierungshandeln signifikante Verbesserungen für die breite Mehrheit der Menschen zu schaffen, sollte der Eintritt in die Regierung eine selbstverständliche Option auch für sozialistische Parteien sein. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass dies mit klaren Zielvorgaben, einer breiten Beteiligung der Parteibasis sowie der linksaffinen Basis sozialer Bewegungen und einer kritischen Reflexion der Möglichkeiten und Grenzen der Regie-

rungsbeteiligung einhergeht. Sofern diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, ist eine klare und konstruktive Opposition eine ebenso absolut gangbare Strategie.

Die politische Linke hat die Gesellschaftskritik in nicht unerheblichem Maße hervorgebracht, sie hat sie weiterentwickelt und sich an ihr orientiert. Im konkreten Regierungshandeln hat sie sich nicht immer genügend von ihr inspirieren lassen. Und in den letzten Jahren war manche Kritik am real existierenden Kapitalismus auch verkürzt.

Wenn es gelingt, unter den skizzierten Bedingungen reale Verbesserungen zu erreichen, notwendige Kritik zu artikulieren und zugleich aufzuzeigen, was unsere Vorstellung einer postkapitalistischen Gesellschaft ist, dann kann von einer gelungenen Dialektik von (möglicher) Regierungsbeteiligung und Gesellschaftskritik gesprochen werden. Sie ist uns zu wünschen, und wir sollten daran arbeiten.

Potsdam, den 12.01.2014

Literatur

Acemoglu, Daron/Robinson, James (2012). Why nations fail?. London: Profile Books

Acosta, Alberto. Vom guten Leben. Der Ausweg aus der Entwicklungsideologie. Blätter für deutsche und internationale Politik, 2, S. 91-97

Altwater, Elmar (2011a). Im Schlepptau der Finanzmärkte. Wie sich die Politik dem Diktat der Krisenverursacher unterwirft. In Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.). EXIT: Mit links aus der Krise

Altwater, Elmar (2011b). Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Münster: Westfälisches Dampfboot

Amir, Samin (2011). Überwindet den Krisenkapitalismus. Für eine Erneuerung des schöpferischen Marxismus. Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.). EXIT – Mit links aus der Krise. S. 138-158

Bernstein, Eduard (1899). Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie.

Bittner, Rüdiger (2013). Kritik, und wie es besser wäre. In Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (Hg.). Was ist Kritik? Berlin: Suhrkamp

Blanke, Moritz/Hawel, Markus (2012). Kritische Theorie der Krise. Berlin: Dietz

Bode, Thilo (2013). Europa und die mutlose Linke. Blätter für deutsche und internationale Politik, 4, S. 39-42

Bode, Thilo/Pink, Katja (2011). Die Finanzkrise als Demokratiekrise. Der Staat als Dienstleister des Kapitals. Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.). EXIT: Mit links aus der Krise, S. 44-54

Boltanski, Luc (2010). Soziologie und Sozialkritik. Frankfurt/Main: Suhrkamp

Boltanski, Luc/Thèvenot, Laurent (2007). Über die Rechtfertigung. Frankfurt: Suhrkamp

Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2006). Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK Verlag

Bröckling, Ulrich (2007). Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt: Suhrkamp

Brynjolfsson, Eric/McAfee, David (2014). The

second machine age. Work, progress and prosperity in a time of brilliant technologies. New York: Norton

Crome, Erhard (2014). Weiter Orban: Ungarn hat gewählt. WeltTrends (97), S. 5-9

Crouch, Colin (2011). Das lange Leben des Neoliberalismus. In Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.). EXIT: Mit links aus der Krise, S. 30-43

Crouch, Colin (2008). Postdemokratie. Frankfurt: Suhrkamp

Dallinger, Ursula/Fückel, Sebastian (2014). Politische Grundlagen und Folgen von Dualisierungsprozessen: Eine politische Ökonomie der Hartz-Reformen. WSI Mitteilungen, 3, S. 182-191

Demirovic, Alex/Sablowski, Thomas (2012). Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. RLS Paper

Deppe, Frank (2013). Vom Klassenkampf zum Wettbewerbskorporatismus. Die große Transformation der Gewerkschaften. Blätter für deutsche und internationale Politik, 2, S. 98-110

DIE LINKE (2011). Erfurter Parteiprogramm

Dieterich, Heinz (2006). Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus. Kai Homilius Verlag

Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009). Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Frankfurt: Suhrkamp

Dörre, Klaus (2013). Das neue Elend: Zehn Jahre Hartz-Reformen. Blätter für deutsche und internationale Politik, 3, S. 99-107

Durkheim, Emile (2008). Über soziale Arbeitsteilung. Frankfurt: Suhrkamp

Ehrenreich, Barbara/Ehrenreich, John (2013). Das böse Erwachen: Aufstieg und Fall der Mittelschicht. Blätter für deutsche und internationale Politik, 3, 109-120

Forst, Rainer (2013). Der Grund der Kritik. Zum Begriff der Menschenwürde in sozialen Rechtfertigungsordnungen. In Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (2013). Was ist Kritik? Berlin: Suhrkamp

- Forum Demokratischer Sozialismus Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern (2014). Gemeinsame Erklärung der Sprecherräte des Forums Demokratischer Sozialismus (FDS) Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu den neuen Montagsdemonstrationen.
- Foucault, Michel (2012). Die Ordnung des Diskurses. Fischer Taschenbuch Verlag
- Geissler, Birgit (2008). Zeitsouveränität. Die paradoxe Suche nach Selbstbestimmung. In Hessinger, Philipp/Wagner, Gabriele (Hg.). Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie.
- Geuss, Raymond (2013). Bürgerliche Philosophie und der Begriff der „Kritik“. In Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (Hg.). Was ist Kritik? Berlin: Suhrkamp
- Günther, Klaus (2013). „Du musst dein Leben ändern“. Die ethische Produktivität des Menschen und ihre Ausbeutung. Blätter für deutsche und internationale Politik, 6, 81-90
- Habermas, Jürgen (1973). Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt: Suhrkamp
- Hebel, Stephan (2013). Die märkische Marktfrau. Angela Merkels geschmeidiger Neoliberalismus. Blätter für deutsche und internationale Politik, 3, 81-90
- Hegel, Georg Friedrich Wilhelm (1986). Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie II. Frankfurt: Suhrkamp
- Heise, Arne (2013). Auf den Ruinen des Neoliberalismus. Blätter für deutsche und internationale Politik, 3, S. 33-36
- Hengsbach, Friedhelm (2008). Kapitalismus als Religion) In Hessinger, Philipp/Wagner, Gabriele (Hg.). Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie.
- Hessinger, Philipp (2008). Krise und Metamorphose des Protests: Die 68er Bewegung und der Übergang zum Netzwerkkapitalismus. In Hessinger, Philipp/Wagner, Gabriele (Hg.). Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie.
- Hickel, Rudolf (2013). Deutschland, deine Banken. Casinos schließen, Stärken bewahren. Blätter für deutsche und internationale Politik, 3, S. 91-98
- Hildebrandt, Cornelia (2007). Der schmale Grat linker Reformpolitik – der Fall Berlin. In Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Möller, Meinhard (Hg.). DIE LINKE – Wohin verändert sie die Republik? Berlin: Dietz
- Hillmann, Karl-Heinz (2003). Wertwandel. Würzburg: Carolus
- Hobsbawn, Eric (2012). Wie man die Welt verändert? München: Hanser
- Holst, Hajo/Aust, Andreas/Pernicka, Susanne (2008). Kollektive Interessenvertretung im strategischen Dilemma – Atypisch Beschäftigte und die "dreifache Krise" der Gewerkschaften. Zeitschrift für Soziologie, 2, S. 158-176
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1969). Dialektik der Aufklärung. Frankfurt/Main: Fischer
- Inglehart, Roland (1989). Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt/Main: Campus
- Jaeggi, Rahel (2014). Kritik von Lebensformen. Berlin: Suhrkamp
- Jaeggi, Rahel/Kübler, Lukas (2014). Pathologien der Arbeit. Zur Bedeutung eines gesellschaftlichen Kooperationsverhältnisses. WSI Mitteilungen, 7, S. 521-527
- Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (2013). Was ist Kritik? Berlin: Suhrkamp
- Jaeggi, Rahel/Loick, Daniel (2013). Marx´ Aktualitäten. Zur Einführung. In Jaeggi, Rahel/Wesche, Tilo (2013). Was ist Kritik? Berlin: Suhrkamp
- Kalming, Stefan (2013). Die Lust zur Kritik. Berlin: Dietz
- Keller, Fritz/Kraft, Stefan (2005). Rosa Luxemburg. Leben und Denken einer internationalen Revolutionärin. Wien: Promedia
- Klein, Naomi (2007). Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Krisen-Kapitalismus. Frankfurt: S. Fischer Verlag
- Krugman, Paul (2013). Austerität: Der Einsturz eines Glaubensgebäudes. Blätter für deutsche und internationale Politik, 7, S.45-58
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1916). Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution. Gesammelte Werke, Band 25
- Linkspartei.PDS (2004). Für eine starke PDS: Sozial, mit aller Kraft! – Als sozialistische Partei 2006 in den Deutschen Bundestag. Beschluss des Parteitages in Potsdam

- Luhmann, Niklas (2002). Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp
- Luhmann, Niklas (1994). Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp
- Luhmann, Niklas (1984). Soziale Systeme. Frankfurt: Suhrkamp
- Luxemburg, Rosa (1899). Sozialreform oder Revolution?
- Mahnkopf, Birgit (2011). Machtwechsel der Ideen: Für eine Entzauberung des neoliberalen Irrglaubens. In Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.). EXIT: Mit links aus der Krise
- Maihofer, Andrea (2013). Überlegungen zu einem materialistisch-dekonstruktivistischen Verständnis von Normativität. In Jaeggi, Rahel/Loick, Daniel (2013). Nach Marx. Berlin: Suhrkamp
- Malik, Fredmund (2011). Strategie. Navigieren in der Komplexität der neuen Welt. Frankfurt/Main: Campus
- Maslow, Abraham (1954). Motivation and personality. New York: Harper & Row
- Marx, Karl (1977). Das Kapital (Band I). Berlin: Dietz MEW 23
- Marx, Karl (1978). Das Kapital (Band II). Berlin: Dietz MEW 24
- Marx, Karl (1978). Das Kapital (Band III). Berlin: Dietz. MEW 25
- Marx, Karl (1976). Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Berlin: Dietz. MEW 1
- Marx, Karl (1973). Zur Kritik der politischen Ökonomie. Berlin: Dietz MEW 13
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1972). Das Kommunistische Manifest. Berlin: Dietz. MEW 4
- Matuschek, Ingo/Krähnke, Uwe/Kleemann, Frank/Frank, Ernst (2011). Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Meyer, Thomas (2008). Sozialismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Meyer, Thomas (1982). Demokratischer Sozialismus. Eine Einführung. Bonn: Neue Verlagsgesellschaft
- Neuhouser, Frederick (2013). Marx (und Hegel) zur Philosophie der Freiheit. In Jaeggi, Rahel/Loick, Daniel, Daniel (Hg.). Nach Marx. Berlin: Suhrkamp
- Offe, Claus (2013). Europa in der Falle. Blätter für deutsche und internationale Politik, 1, S. 67-80
- Oswald, Michael (2013). Griechenlands blutige Morgenröte. Blätter für deutsche und internationale Politik, 11, S. 9-11
- Picot, Arnold/Reichwald, Ralf/Wigand, Rolf (2003). Die grenzenlose Unternehmung. Wiesbaden: Gabler
- Piketty, Thomas (2014). Capital in the 21st century. London: Harvard University Press
- Polanyi, Karl (1978). The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt/Main: Suhrkamp
- Potthast, Jörg (2001). Der Kapitalismus ist kritisierbar. Le nouvel esprit du capitalisme und das Forschungsprogramm der "Soziologie der Kritik". Berliner Journal für Soziologie, 4, S. 551-562
- Prantl, Heribert (2013). Familie ist kein Still-Leben: Vom Oikos zur Kleinfamilie zur Homo-Ehe. Blätter für deutsche und internationale Politik, 12, S. 75-86
- Priestland, David (2009). Weltgeschichte des Kommunismus. München: Siedler
- Reese-Schäfer, Walther (2007). Politisches Denken heute. Zivilgesellschaft, Globalisierung, Menschenrechte. München: Oldenbourg
- Rosa, Hartmut (2005). Beschleunigung. Frankfurt: Suhrkamp
- Rousseau, Jean-Jacques (2010). Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundzüge des Staatsrechts. Stuttgart: Reclam
- Sandel, Michael (2013). Gerechtigkeit. Wie wir das Richtige Tun. Berlin: Ullstein
- Scharenberg, Albert (2010). Die Linkspartei: Blick in den Abgrund Blätter für deutsche und internationale Politik, 3, S. 5-9
- Scharenberg, Albert (2008). Die doppelte Linkspartei. In Blätter für deutsche und internationale Politik, 5, S. 5-8
- Scharenberg, Albert (2005). Linker Aufbruch?

- Blätter für deutsche und internationale Politik, 8, S. 903-906
- Scheer, Hermann (2011). Der energetische Imperativ. München: Kunstmann
- Schirmacher, Frank (2013). Ego. Das Spiel des Lebens. München: Blessing.
- Schorlemmer, Friedrich (2013). „Nichts als Schinden und Rauben“. Zur politischen Aktualität Martin Luthers. Blätter für deutsche und internationale Politik, 11, S. 109-117
- Schulmeister, Stephan (2013). Euroabwicklung: Der finale Schritt in den Wirtschaftskrieg. Blätter für deutsche und internationale Politik, 10, S. 39-51
- Schumann, Harald (2011). Das Brot an den Börsen: Wetten auf Hunger. In Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.). EXIT – Mit links aus der Krise.
- Singer, Peter (2013). Praktische Ethik. Stuttgart: Reclam
- Sinus Markt- und Sozialforschung (2011). Informationen zu den Sinus-Milieus 2011
- SPD Brandenburg/DIE LINKE Brandenburg (2014). Sicher, selbstbewußt und solidarisch. Brandenburgs Aufbruch vollenden. Koalitionsvertrag für die Wahlperiode 2014-2019.
- Stiglitz, Joseph (2010). Im freien Fall. München: Siedler
- Streeck, Wolfgang (2013a). Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus? Eine Replik auf Jürgen Habermas. Blätter für deutsche und internationale Politik, 9, S. 75-92
- Streeck, Wolfgang (2013b). Was nun, Europa? Blätter für deutsche und internationale Politik, 4, S. 57-68
- Streeck, Wolfgang (2012). Gekaufte Zeit. Frankfurt: Suhrkamp
- Stuby, Gerhard (2013). Europas Zukunft: Mit oder ohne Demokratie. Blätter für deutsche und internationale Politik, 12, S. 59-65
- Tullius, Knut/Wolf, Harald (2012). Legitimationsprobleme im System industrieller Beziehungen. Krise oder Revitalisierung des sozialpartnerschaftlichen Geistes? Industrielle Beziehungen, 4, S. 367-386
- Vogel, Steffen (2012). Occupy am Scheideweg. Blätter für deutsche und internationale Politik, 1, S.9-12
- Völpel, Eva (2013). Griechenland: Schock-Strategie in Permanenz. Blätter für deutsche und internationale Politik,
- von Lucke, Albrecht (2015). Thüringen oder die rot-rot-grüne Konfrontation. Blätter für deutsche und internationale Politik, 1, S. 5-9
- Wagner, Gabriele (2008). Vom Verstummen der Sozialkritik. In Hessinger, Philipp/Wagner, Gabriele (Hg.). Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie.
- Walzer, Michael (2006). Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit. Frankfurt/Main: Campus
- Weber, Max (1992). Politik als Beruf. Stuttgart: Reclam
- Wehler, Hans-Ulrich (2013). Die Explosion der Ungleichheit. Ein Problem von Macht und Herrschaft. Blätter für deutsche und internationale Politik, 4, 47-56
- Welzer, Harald (2013). Der Konsumismus kennt keine Feinde. Blätter für deutsche und internationale Politik, 6, 67-79
- Welzer, Harald (2011). Aus Fremdzwang wird Selbstzwang. Wie das Wachstum in die Köpfe kam. Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.). EXIT – Mit links aus der Krise. S. 79-90
- Wittchen, Hans-Ulrich/Hoyer, Jürgen (2011). Klinische Psychologie & Psychotherapie. Berlin: Springer Wissenschaftsverlag
- Wiggershaus, Rolf (2010). Die Frankfurter Schule. Reinbek: Rowohlt
- Zizek, Slavoj (2010). Die Tücke des Subjekts. Frankfurt: Suhrkamp
- Zucman, Gabriel (2014). Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird. Berlin: Suhrkamp

